



# Jahresbericht 2024

Register Reinickendorf zur Erfassung  
extrem rechter und diskriminierender Vorfälle



## Auswertung und Chronik



# Inhaltsverzeichnis

<b>Was ist das Register?</b>	<b>1</b>
<b>Entwicklungen im Jahr 2024</b>	<b>2</b>
Gewalt, Bedrohungen und Beleidigungen	2
Bedrohung politischer Gegner*innen	4
Motive und Gruppen von Betroffenen	5
Zunahme von Propaganda	9
Extrem rechte Akteure im Bezirk	10
Ortsteile	13
Ausblick	15
<b>Chronik</b>	<b>16</b>
<b>Impressum</b>	<b>37</b>

## Was ist das Register?

Das Register ist eine Dokumentationsstelle für extrem rechte und diskriminierende Vorfälle, die sich in Reinickendorf ereignen. Die Koordinierungsstelle des Registers erhält Meldungen von Vorfällen, prüft sie auf Plausibilität und veröffentlicht sie in einer Online-Chronik. Einmal im Jahr werden die Vorfälle qualitativ und quantitativ ausgewertet. Im Gegensatz zu polizeilichen Statistiken bezieht das Register nicht nur strafrechtlich relevante Handlungen wie Sachbeschädigungen, Beleidigungen und Angriffe mit ein, sondern auch niedrigschwellige Vorfälle wie Aufkleber und diskriminierende Äußerungen oder Handlungen. Häufig wollen Betroffene keine Anzeige erstatten. Die Dokumentation dieser Vorfälle durch das Register gibt ihnen einen Raum, in dem sie ihre Erlebnisse schildern können und nicht damit allein bleiben. Bei der Veröffentlichung wird darauf geachtet, dass die Betroffenen anonym bleiben können.

## Was ist das Ziel der Registerarbeit?

Ziel des Registers ist nicht nur die Dokumentation und Analyse von extrem rechten Aktivitäten auf lokaler Ebene, sondern das Sichtbarmachen von Diskriminierung im Alltag. Lokale demokratische Akteur\*innen erhalten so zeitnah Informationen über die Entwicklungen im Bezirk und können besser dagegen vorgehen. Mittels Öffentlichkeitsarbeit wird die Bevölkerung des Bezirks für das Thema extreme Rechte und verschiedene Formen von Diskriminierung sensibilisiert.

## Seit wann gibt es das Register?

Die Idee der bezirklichen Register entstand 2005 in Pankow. Nach und nach entstanden Registerstellen in allen Berliner Bezirken. In Reinickendorf nahm das Register im Jahr 2015 seine Arbeit auf. Seitdem wurde ein bezirkliches Netzwerk aufgebaut, das kontinuierlich erweitert wird.

## Wer finanziert das Register?

Das Register wird durch das Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung finanziert.

## Wie kann ich einen Vorfall melden?

Vorfälle werden von Betroffenen und Zeug\*innen gemeldet. Dafür kann das Register direkt kontaktiert werden. Es können auch verschiedene Anlaufstellen, die über den Bezirk verteilt sind, genutzt werden. Auf unserer Website [www.berliner-register.de](http://www.berliner-register.de) können Vorfälle auch über ein Online-Formular gemeldet werden. Weitere Informationen über die Arbeit aller Berliner Register in anderen Sprachen gibt es ebenfalls auf dieser Website.

## Wie erreiche ich das Register Reinickendorf?

Mail: [Register-rd@lvs.stiftung-spi.de](mailto:Register-rd@lvs.stiftung-spi.de)  
Telefon: +49 152 02 82 45 37  
+49 173 6440608

Instagram: [register.reinickendorf](https://www.instagram.com/register.reinickendorf)  
Facebook: [Register Reinickendorf](https://www.facebook.com/Register-Reinickendorf)  
Bluesky: [rdregister](https://bsky.app/profile/rdregister)

# Entwicklungen im Jahr 2024

Die Gesamtzahl der Vorfälle in Reinickendorf stieg im Jahr 2024 um 51 Vorfälle auf insgesamt 225 Fälle an. Der Zuwachs fiel allerdings im Vergleich zum Vorjahr prozentual geringer aus. Wie in anderen West-Berliner Randbezirken lag die Gesamtzahl damit weiterhin unter der der Bezirke in Innenstadtlage oder am östlichen Stadtrand. In Reinickendorf stachen im Jahr 2024 zwei Aspekte besonders hervor: diskriminierende Strukturen im Ankunftszenrum Tegel und ein Anstieg von Neonazi-Propaganda im Märkischen Viertel.

## Gewalt, Bedrohungen und Beleidigungen

Mit elf Angriffen wurde im Jahr 2024 wieder das seit 2015 erhöhte Niveau erreicht. Der Großteil der **Angriffe** war wie in den Vorjahren rassistisch motiviert. Zwei Angriffe waren LGBTQ\*-feindlich motiviert. Außerdem wurde eine Person im Märkischen Viertel nachts von einem unbekannten jungen Mann als „Scheiß Zecke“ beschimpft und angespuckt. Täter waren im vergangenen Jahr ausschließlich männliche Jugendliche und Männer im Alter bis 39 Jahre. In einem Fall waren auch Kinder an einer Gruppe beteiligt, die queere Jugendliche angriff. Meist griffen die Täter in deutlicher Überzahl und unvermittelt an. Auch die meisten **Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien** waren weiterhin rassistisch motiviert. Sechs verbale Anfeindungen richteten sich gegen Personen, die als queer wahrgenommen wurden. Ebenfalls in sechs Fällen wurden politische Gegner\*innen der extremen Rechten angepöbelt, beleidigt oder bedroht. Unter anderem beleidigten Neonazis Teilnehmende eines Zeltlagers der sozialistischen Jugendorganisation „Die Falken“.

## Öffentlicher Raum

Die Hälfte der Angriffe fand im öffentlichen Raum statt – auf offener Straße, im Nahverkehr oder in Geschäften. Sie gingen aus zufälligen Begegnungen zwischen Personen hervor, die sich zuvor nicht kannten. So wurde beispielsweise in Alt-Tegel ein Passant völlig unvermittelt von einem bewaffneten Mann an einer Bushaltestelle ins Gesicht geschlagen und rassistisch beleidigt. Bei rassistischen Angriffen kam es teilweise zunächst zu einem **Konflikt** zwischen Tätern und Unbekannten. Erst im weiteren Verlauf richteten die Täter sich aus rassistischer Motivation gewaltsam gegen unbeteiligte Dritte. In der Holländerstraße im Ortsteil Reinickendorf gab es beispielsweise in einer Tankstelle erst einen Streit zwischen einem Kunden und einem Mitarbeiter. Als ein weiterer Kunde hereinkam, beleidigte der erste Kunde ihn rassistisch und übergoss ihn mit einem Getränk. Konfliktdynamiken ließen sich auch bei Beleidigungen und Bedrohungen im öffentlichen Raum beobachten. Auffällig war, dass häufig Schwarze, Kopftuch tragende oder andere als nicht-deutsch wahrgenommene Frauen von rassistischen Pöbeleien betroffen waren. Für die Täter reichte ihr Ärger über einen belegten Sitzplatz im Bus oder das Schlange stehen an einer Supermarktkasse als Anlass aus, um Einzelpersonen mit rassistischem Hass zu überschütten. Queere Personen hingegen wurden im letzten Jahr anlasslos von Täter\*innen auf ihr Geschlecht oder ihre sexuelle Orientierung angesprochen und anschließend beleidigt, bedroht oder angegriffen. Davon betroffen waren Personen, die nicht eindeutig als Mann oder Frau bzw. als schwul wahrgenommen wurden.



Mehrfach betroffen waren erneut die jugendlichen Besucher\*innen eines queeren Jugendzentrums und ihre Betreuer\*innen. Außerdem wurden einmal Menschen queerfeindlich angepöbelt, die mit Regenbogen-Fahnen im öffentlichen Raum ihre Solidarität oder Zugehörigkeit zur queeren Bewegung zeigten.

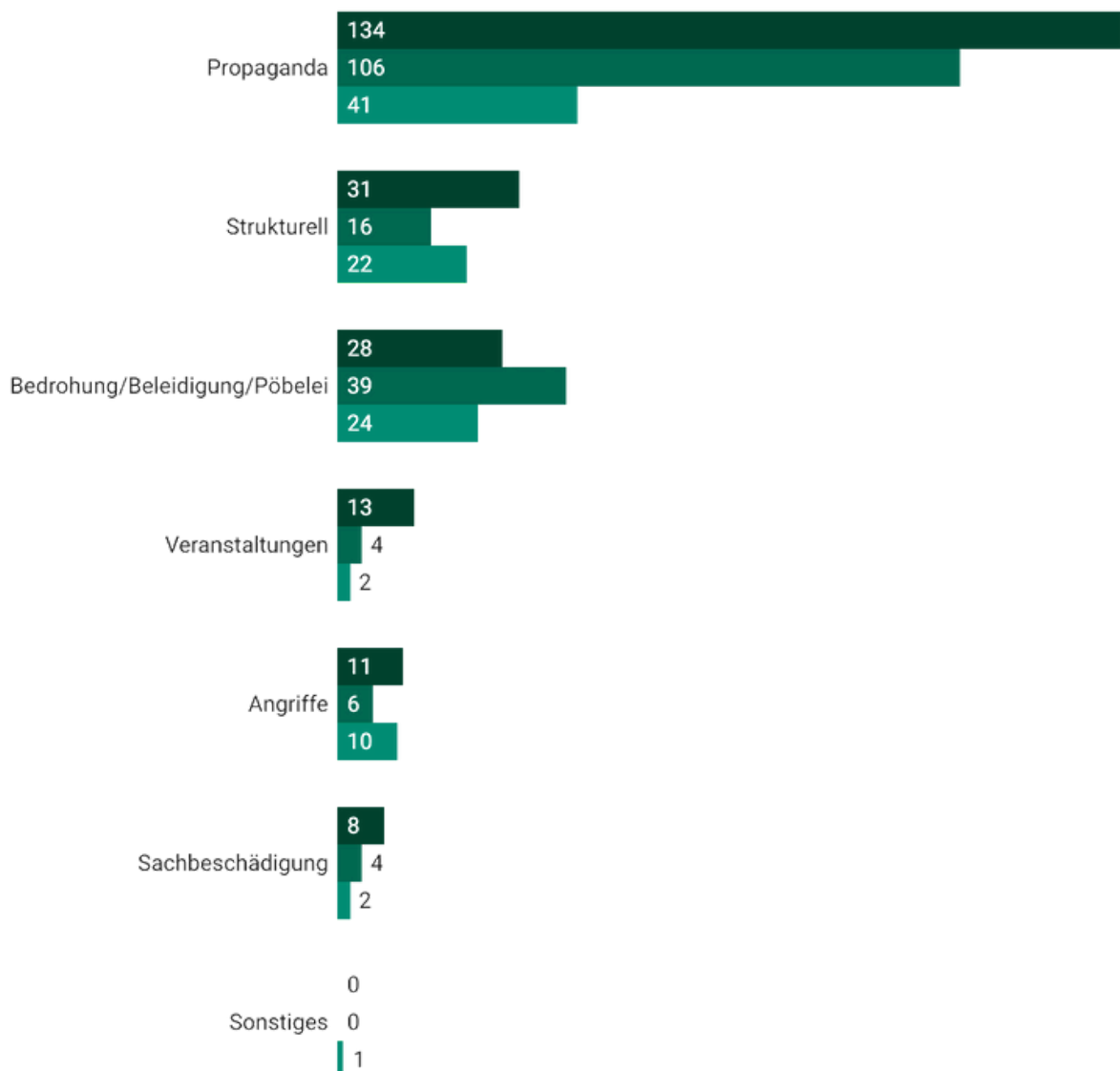
## Wohnumfeld und Bildungseinrichtungen

Die andere Hälfte der Angriffe fand im sozialen Nahumfeld der Betroffenen statt: In ihrem Wohnumfeld oder sogar

ihrer Wohnung, in ihrer Schule oder ihren sozialen Treffpunkten. In diesen Räumen kam es häufig auch zu Bedrohungen, Beleidigungen oder abwertenden Äußerungen. Besonders einschüchternd sind Vorfälle im **Wohnumfeld**. Zwei rassistische Angriffe richteten sich gegen denselben jungen Schwarzen Mann. Diese Fälle stechen dadurch heraus, dass die Täter auch in den Wohnraum des Betroffenen eindringen. Er wurde zunächst vor seiner Haustür von drei Männern rassistisch beleidigt und mit einem Besen geschlagen. Wenige Tage später wurde er nachts in seinem Bett von fünf

## Art der Vorfälle

■ Jahr 2024 ■ Jahr 2023 ■ Jahr 2022



Männern überfallen und mit Tränengas besprüht. Eine andere Frau wurde über einen längeren Zeitraum aus rassistischer Motivation von ihren Nachbar\*innen gestalkt, beleidigt und bedroht. In einem weiteren Fall wurde die Wohnungstür einer Wohngemeinschaft mit roter Farbe besprüht und daneben ein Hakenkreuz geschmiert. Die Bewohner\*innen des Hauses gingen von einer rassistischen Motivation aus.

An **Schulen** wurden im Vorjahr ein Angriff und mehrere verbale Anfeindungen dokumentiert. Im Märkischen Viertel beleidigte ein Schüler einen Mitschüler rassistisch. Später am Tag griff er ihn an, verletzte ihn und drohte ihm mit dem Tod. In einer Oberschule in Wittenau kam es immer wieder zu rassistischen Beleidigungen innerhalb der Schülerschaft. Auch queere Jugendliche waren in Bildungseinrichtungen mit abwertenden Äußerungen konfrontiert. Betroffen waren alle Altersgruppen. An einer Grundschule im Märkischen Viertel richteten sich die Beleidigungen der Kinder gegen die muslimische Identität, gegen die Hautfarbe oder waren antiziganistisch motiviert. In Kindertagesstätten waren Schwarze Kinder oder Eltern mit rassistischer Sprache seitens anderer Eltern konfrontiert, wie ein weiterer Fall zeigt. Auch in der Erwachsenenbildung kam rassistische Ausgrenzung vor. So äußerte sich eine Teilnehmerin in einem Deutsch-Sprachkurs rassistisch gegenüber einem arabisch-sprachigem Teilnehmer und zeigte ihm drohend ihre Faust. Daraufhin wurde sie der Einrichtung verwiesen.



Nachdem sie in einer E-Mail gegenüber der Schulleitung äußerte, dass sie nicht mit Arabern in einem Kurs sitzen wolle, wurde sie aus dem Kurs ausgeschlossen.

Gewalt, Bedrohung und Abwertung an diesen Orten kann für Betroffene **massive Folgen** haben. Einige leiden dauerhaft an posttraumatischen Symptomen, andere fühlen sich in ihrer Wohnung nicht mehr sicher und müssen sich auf dem angespannten Berliner Wohnungsmarkt eine neue suchen. Manche Kinder und Jugendliche gehen nach derlei Erlebnissen nicht mehr gerne in ihre Bildungseinrichtung, wodurch ihre Bildungschancen beeinträchtigt werden.

## Bedrohung politischer Gegner\*innen

Im vergangenen Jahr wurden Personen und Institutionen, die von extrem rechten Akteur\*innen als politische Gegner\*innen wahrgenommen wurden, zum Ziel von **Sachbeschädigungen** oder Drohbriefen. Die Sachbeschädigungen richteten sich vor allem gegen Schaukästen von Parteien wie Die Linke, SPD oder Bündnis 90/Die Grünen, aber auch des Bürgervereins Frohnau. Diese wurden meist mit rassistischen Aufklebern überdeckt oder mit rassistischen Parolen beschmiert. Teilweise wurden Beleidigungen der betroffenen Organisationen hinzugefügt. Im März brachten unbekannte Personen außerdem in der Grußdorfstraße in Tegel etwa zeitgleich die Slogans „Juden raus aus Deutschland“, „Juden raus!“, „Fuck Antifa“, die Namen „Höcke!“ und „AfD!“ sowie ein Hakenkreuz an. Sie wurden an einen Stromkasten an der Ecke zur Berliner Straße sowie an einem Werbeschild der SPD vor einem Büro der Partei bemerkt. An diesen Beispielen zeigt sich, wie eng rassistische bzw. antisemitische Agitation und Anfeindungen von Vertreter\*innen demokratischer Parteien mittlerweile verzahnt sind.

Besonders wurden Personen bedroht, die sich öffentlich gegen die AfD positionierten. Ein Lokalpolitiker der

Partei Bündnis 90/Die Grünen erhielt ab April drei persönlich adressierte **Drohbriefe** eines AfD-Sympathisanten. Zuvor war er mehrfach als Redner bei Protestkundgebungen des „Bündnis Reinickendorf gegen Rechts“ gegen Veranstaltungen der AfD aufgetreten. Der Verfasser verbreitete darin die Verschwörungserzählung, dass alle etablierten Parteien – von der Linkspartei bis zur CDU – angeblich das Ziel verfolgten, Deutschland und das deutsche Volk zu vernichten und auszubeuten. Die Regierung kontrolliere die „Mainstreammedien“ und nutze Institutionen wie den Verfassungsschutz, um politische Konkurrenz – insbesondere die AfD – zu unterdrücken. Dem Lokalpolitiker wurde angedroht, er würde nach einer Machtübernahme in einem Arbeitslager inhaftiert. Bundes- und Lokalpolitiker\*innen von Grünen und SPD sowie der Verfassungsschutzchef sollten ebenfalls in ein „KZ“. Im Mai erhielt auch der Kreisverband der SPD einen ähnlichen Brief. Der Kreisverband der AfD distanzierte sich von den Drohbriefen.

Aktionen durch Einzelpersonen wie diese gediehen in einem politischen Klima, das auch von Parteien wie der „Heimat“ und der AfD angeheizt wurden. So berichtete „Die Heimat“ Reinickendorf in einem Facebook-Post mit dem Titel „Vorsicht: Spitzel lesen mit!“ über den Jahresbericht des Register Reinickendorf für 2023. Die Arbeit der Berliner Register wurde darin mit der Stasi verglichen. Ende Juni veröffentlichte der Bezirksverband Reinickendorf der AfD ebenfalls auf Facebook einen Beitrag, der als Diskreditierungsversuch gegen einen SPD-Kreisvorsitzenden gewertet werden kann. Anlass war eine erneute Protestkundgebung gegen eine AfD-Veranstaltung in Wittenau. In dem Beitrag wurde ein Bild geteilt, auf dem der Politiker zu sehen ist – in unmittelbarer Nähe zu einer Antifa-Fahne, die rot eingekreist wurde. Zusätzlich setzte die AfD das Bild in einen Kontext, der als manipulativ wahrgenommen werden kann. Neben

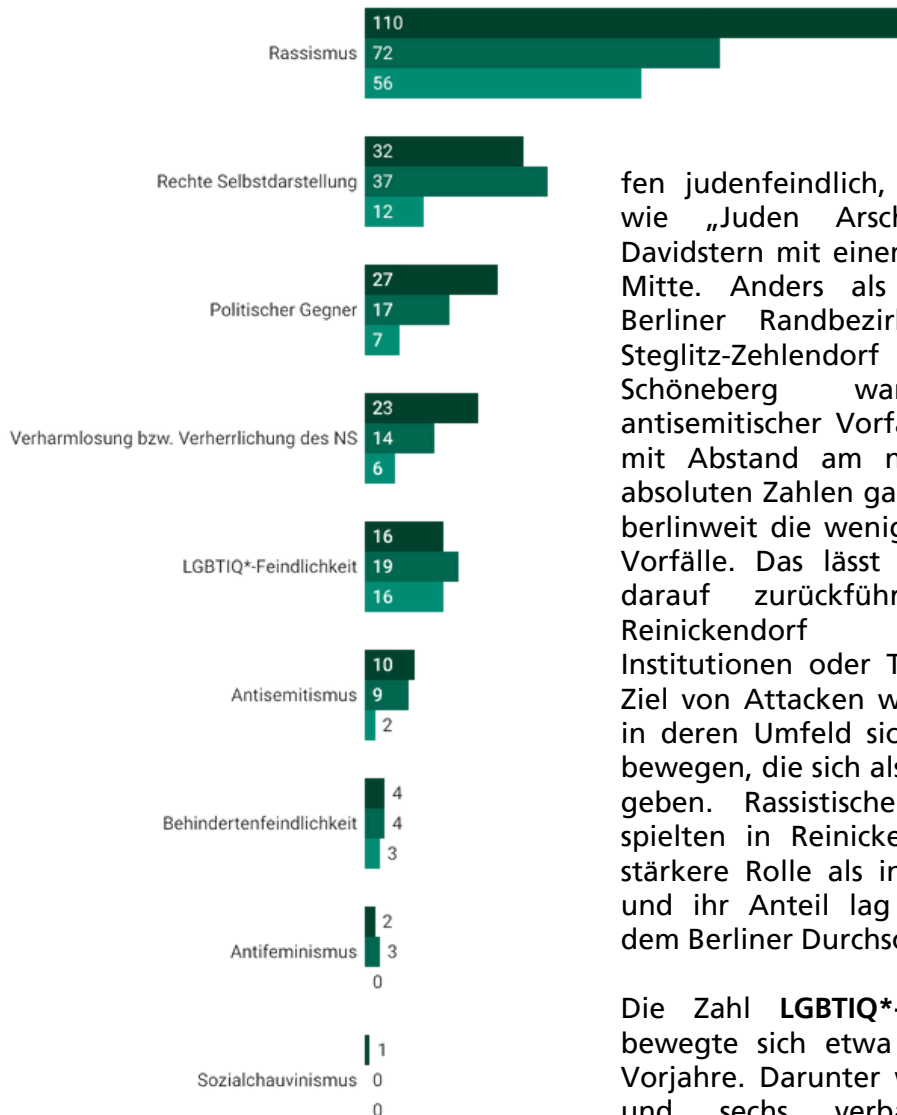
dem Foto war ein Screenshot von Online-Beiträgen eines Fake-Accounts abgebildet, in denen Polizisten als „Schweine“ bezeichnet wurden. Obwohl dieser Account in keinem Zusammenhang mit der Protestkundgebung stand, wurde durch die Verknüpfung der Eindruck erweckt, der Bezirkspolitiker würde die Positionen des Fake-Accounts teilen. Begleitet wurde das Bild von der Aufforderung an die SPD, sich „klar und unmissverständlich von der Antifa zu distanzieren“. Durch Online-Beiträge wie diese werden zivilgesellschaftliche Organisationen wie das Register, Parteien und engagierte Einzelpersonen als feindlich markiert. Lesende können sich dadurch berechtigt fühlen, gegen diese vorzugehen.

## Motive und Gruppen von Betroffenen

**Rassismus** blieb wie in den Vorjahren das Hauptmotiv. Rassistische Vorfälle stiegen deutlich auf 110 Fälle an. Damit wurde auch der bisherige Höchstwert übertroffen. Besonders anti-Schwarzer Rassismus nahm zu, während der Anstieg bei antimuslimischem Rassismus geringer ausfiel. Im Vergleich dazu wurden weiterhin wenige **antiziganistische** Vorfälle dokumentiert. In diesem Bereich ist aber von einer großen Dunkelziffer auszugehen, da Melder\*innen hier weggebrochen sind. Wie die Dokumentation von Amaro Foro zeigt, sitzen antiziganistische Ressentiments in der Gesellschaft, insbesondere auch in Behörden und Medien, weiter tief. Ein Beispiel aus Reinickendorf zeigt, wie alte Stereotype Verhalten in Alltagssituationen prägen. An einer Raststätte äußerte sich eine Person rassistisch gegen Rom\*nja. Sie riet einer anderen Person, alle Wertsachen aus dem Auto rauszunehmen, da „hier immer so viele Romafrauen rumlaufen“. Damit unterstellte sie diesen, sie würden stehlen. Weitere Vorfälle wurden allgemeinem Rassismus zugeordnet. Dazu zählten beispielsweise Aufkleber, Schmierereien oder Veröffentlichungen, die Migrant\*innen pauschal abwerteten

## Motive

■ Jahr 2024 ■ Jahr 2023 ■ Jahr 2022



Erstellt mit Datawrapper

oder sich für die Ausweisung und Vertreibung vermeintlich nicht-deutscher Personen aussprachen.

Nach dem Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 stieg die Zahl **antisemitischer** Vorfälle in anderen Bezirken stark an. In Reinickendorf ähnelte sie im Jahr 2024 hingegen der des Vorjahrs. Zu den antisemitischen Vorfällen gehörten v. a. Schmierereien im öffentlichen Raum und Sachbeschädigungen. In etwa der Hälfte der Vorfälle gab es einen Bezug zu Israel bzw. dem Nahostkonflikt. Andere waren of-

fen judenfeindlich, etwa Schmierereien wie „Juden Arschlöcher“ oder ein Davidstern mit einem Hakenkreuz in der Mitte. Anders als in anderen West-Berliner Randbezirken wie Spandau, Steglitz-Zehlendorf und Tempelhof-Schöneberg war der Anteil antisemitischer Vorfälle in Reinickendorf mit Abstand am niedrigsten. Auch in absoluten Zahlen gab es in Reinickendorf berlinweit die wenigsten antisemitischen Vorfälle. Das lässt sich unter anderem darauf zurückführen, dass es in Reinickendorf keine jüdischen Institutionen oder Treffpunkte gibt, die Ziel von Attacken werden könnten bzw. in deren Umfeld sich häufiger Personen bewegen, die sich als jüdisch zu erkennen geben. Rassistische Vorfälle dagegen spielten in Reinickendorf eine deutlich stärkere Rolle als in ähnlichen Bezirken und ihr Anteil lag auch deutlich über dem Berliner Durchschnitt.

Die Zahl **LGBTIQ\*-feindlicher** Vorfälle bewegte sich etwa auf dem Level der Vorjahre. Darunter waren zwei Angriffe und sechs verbale Anfeindungen. Einzelne Vorfälle zeigten, wie sich aus queerfeindlichen Bedrohungen und Beleidigungen im öffentlichen Raum physische Angriffe entwickeln können. Die wenigsten Vorfälle ließen sich den Motivkategorien Behindertenfeindlichkeit und Sozialchauvinismus zuordnen. Wie im Vorjahr wurden vier behindertenfeindliche Vorfälle verzeichnet. **Behindertenfeindlichkeit** zeigte sich u. a. im Unwillen von Behördenmitarbeitenden, eine geflüchtete Person in einer barrierefreien Unterkunft unterzubringen. Bei den dokumentierten behindertenfeindlichen Vorfällen handelte es sich durchweg um Diskriminierung im Bereich Wohnen.



In der Kategorie **Sozialchauvinismus** ist von einer noch höheren Dunkelziffer auszugehen, da viele Betroffene, wie wohnungs- und obdachlose oder drogenabhängige Personen, kaum über Ressourcen verfügen, ihre Erlebnisse zu melden. Im Jahr 2024 wurde nur ein sozialchauvinistischer Vorfall dokumentiert. Eine ehemals wohnungslose Person wurde in diesem Fall von einer Behördenmitarbeiterin herabwürdigend behandelt.

### Diskriminierung von Geflüchteten in Massenunterkunft in Tegel

Im Vergleich zum berlinweiten Durchschnitt zeichnet sich Reinickendorf durch einen deutlich höheren Anteil **struktureller Diskriminierung** aus. Die Zahl der Vorfälle in dieser Kategorie verdoppelte sich auf 31 Vorfälle und übertraf den bisherigen Höchstwert aus dem Jahr 2022. Diese Steigerung ging vor allem darauf zurück, dass mehr diskriminierende Strukturen aus der Unterkunft für Geflüchtete auf dem Gelände des ehemaligen Flughafen Tegel dokumentiert wurden. Von 31 Vorfällen aus dem Bereich struktureller Diskriminierung standen elf im Zusammenhang mit dieser Unterkunft. Drei weitere Vorfälle wurden aus anderen Unterkünften für Geflüchtete im Bezirk gemeldet.

Auf dem **Flughafengelände** wurden und werden weiterhin neben Ukrainer\*innen mit Flüchtlingsstatus auch Asylsuchende aus anderen Ländern untergebracht. Das Lager besteht aus großen Zelten für hunderte Personen und war kurz nach Beginn des russischen Angriffskriegs im Februar 2022 für kurzfristige Notübernachtungen vorgesehen. Mittlerweile leben viele Personen dort monatelang, teilweise über ein Jahr. Im Laufe des Jahres 2024 wurden die über 6000 Plätze weiter aufgestockt. Die Zelte liegen abgeschottet innerhalb des eingezäunten Flughafengeländes und sind für Ehrenamtliche oder Besucher\*innen nur mit Genehmigung zugänglich. Im Lager sind auch besonders

verwundbare Personengruppen untergebracht wie Babys, Kinder Schwangere, Frauen, die frisch entbunden haben, traumatisierte, chronisch Kranke und Pflegebedürftige sowie Angehörige von Minderheiten.

Die Zahl der Vorfälle mit Bezug zum Ankunftszentrum Tegel spiegelt nur unzureichend die Masse der Betroffenen wider. Denn jeder Vorfall steht stellvertretend für länger **anhaltende Strukturen** oder für Verhalten, das regelmäßig auftrat. Betroffen waren meist alle Geflüchteten, die in Tegel untergebracht waren, oder große Teile von ihnen. So wurden die Bewohnenden beispielsweise auf engstem Raum mit Fremden ohne Privatsphäre untergebracht. Umgekehrt wurden Familien teilweise auseinandergerissen. Obwohl ihre Anwesenheit ohnehin durch ein elektronisches System überwacht wurde, kontrollierten Mitarbeitende sie dreimal pro Tag, indem sie laut gegen die Trennwände schlugen und unvermittelt Vorhänge aufrissen. Aus Brandschutzgründen sei es nicht einmal erlaubt, ein Tuch vor die Hochbetten zu hängen, berichteten Bewohnende.

Die **Rechte von Kindern** und Jugendlichen wurden missachtet. Sie wurden über Monate hinweg nicht beschult. Ein Teil wurde schließlich in einer auf dem Gelände eingerichteten provisorischen Schule unterrichtet, so dass das Erlernen der deutschen Sprache und der Zugang zu einem sozialen Umfeld jenseits des Lagers massiv behindert wurde. Darüber hinaus gab es lange Zeit weder ein Schutzkonzept für Kinder noch für Frauen oder queere Personen.

Im Unterschied zur Unterbringung in Wohnungen waren die Bewohnenden der Zelte, einem **höheren Risiko** von Krankheiten, Tod und Schäden an ihrem Besitz ausgesetzt. Bei der Essensausgabe gab es keine Zutatenliste, sodass Bewohnende nicht nachvollziehen konnten, ob das Essen Allergene oder andere Zutaten enthielt, die sie nicht

essen sollten oder wollten. Personen mit chronischen Krankheiten erhielten nicht das für sie notwendige Essen, hatten aber im Lager auch keine Möglichkeit, selbst zu kochen. Es gab außerdem Berichte über verdreckte Duschräume und Toiletten, schimmeliges Essen, Bettwanzen, Kakerlaken und Mäuse. Sanitäter\*innen berichteten, dass sie in ihrer Arbeit nicht die nötigen hygienischen Standards einhalten konnten und somit immungeschwächte Menschen gefährdeten. Die Bewohnenden waren vermeidbaren, hoch ansteckenden Krankheiten ausgesetzt. So kam es Anfang April zu einem Masernausbruch. Dies ist eine potentiell tödliche Krankheit. Mitarbeitende eines Teils der Unterkunft durften außerdem bis etwa Mitte Februar in Notfällen nicht selbst Polizei, Feuerwehr oder Rettungswagen rufen.

Bewohnende wurden glücklicherweise nicht verletzt, verloren aber wichtige Dokumente und ihre letzten Habseligkeiten. Eine Schulung der Bewohnenden für den Brandfall war bis dahin nicht vorgesehen gewesen. Nach Einschätzung eines hochrangigen Feuerwehrmannes fehlten außerdem Markierungen auf dem Boden, die den Weg zum Notausgang gewiesen hätten.

Neben den strukturellen Mängeln erlebten Bewohnende der Unterkunft auch **herabwürdigendes Verhalten** von verschiedenen Mitarbeitenden und Beleidigungen durch andere Bewohnende.



In einer internen Anweisung hieß es: „Wir rufen NIEMALS Rettungskräfte.“ Polizei und Feuerwehr durften nur von der Leitung der gesamten Unterkunft gerufen werden. Bei medizinischen Notfällen sollten Mitarbeitende die interne Erste-Hilfe-Abteilung anrufen, deren Anweisungen beachten und die Schichtleitung verständigen. Durch diese Regelungen wurden mehrere Ebenen zwischen Ersthelfende und Notrufzentralen geschaltet. Dadurch waren die Regeln geeignet, in medizinischen Notsituationen, bei Feuer oder Gewalttaten das Eintreffen von Polizei und Rettungskräften zu verzögern und so Gesundheit und Leben der Betroffenen zu gefährden. Am 12. März 2024 kam es tagsüber zu einem Brand in einem der Zelte.

In einem der Großzelte ließen Mitarbeitende beispielsweise mehrere Nächte lang bunte blinkende Lampen an. Durch die Dauerbeleuchtung wurden Geflüchtete vom Schlaf abgehalten. Laut Meldenden wurden einige Geflüchtete dadurch an eigene Foltererfahrungen erinnert. Zudem äußerten sich Mitarbeitende rassistisch über Bewohnende. Besonders betroffen waren Rom\*nja aus der Ukraine. Der Bereich, in dem sie untergebracht waren, wurde von Mitarbeitenden „Kackbereich“ genannt. Ein Kind aus diesem Teil wurde von Mitarbeitenden empathielos und degradierend behandelt. Rom\*nja wurden auch von anderen Geflüchteten rassistisch beleidigt und ihnen wurde unterstellt, generell kriminell und schmutzig zu sein.

Die Großunterkunft wurde auch zum **Thema von Propaganda**, etwa in einer Ausgabe der AfD-Zeitung „Blauer Bote“. Diese wurde während des Europa-Wahlkampfes im Juni bei einem Infostand der Partei in Tegel verteilt. In der Zeitung wurden Aussagen verbreitet, die als rassistisch gewertet werden können. In einem Artikel über den Brand in der Unterkunft auf dem Flughafengelände in Tegel wurde den Bewohnenden Brandstiftung unterstellt und rassistische Stereotype bedient. In dem Artikel hieß es über die Unterkunft: „Mehr als ein Dutzend verschiedener Sprachen sind im Umlauf. Da führt ein lautes Handy schnell zu einer Massenschlägerei unter rivalisierenden Gruppen“. Hier wurde behauptet, dass die Bewohnenden in unbedeutenden Situationen mit Gewalt reagierten. Weiter hieß es: „Selbst bei Streitigkeiten unter arabischsprachigen Wachleuten sitzt das Messer locker. Wenn es richtig hoch hergeht, werden auch mal Unterkünfte abgefackelt“. Es handelt sich um ein rassistisches Stereotyp, nicht-weißen Menschen einen stärkeren Hang zu Aggression und geringe Selbstkontrolle zu unterstellen.

## Zunahme von Propaganda

Im Bereich Propaganda wurde mit 134 Vorfällen ein neuer Höchststand erreicht. Zu der Kategorie zählen extrem rechte Aufkleber, Schmierereien, Flugblätter und Online-Beiträge. Mithilfe neuer Melder\*innen konnten mehr Vorfälle dokumentiert werden. Den Anstieg der Zahlen führt das Register Reinickendorf aber nicht allein auf mehr Meldungen zurück, sondern es geht von einer realen Zunahme der öffentlich angebrachten Propaganda aus. Besonders in Frohnau, im Märkischen Viertel und im Ortsteil Reinickendorf wurden ganze Routen oder Plätze immer wieder mit Neonazi-Aufklebern versehen.

Auch in Tegel, Waidmannslust und in Wittenau gab es Orte, an denen regelmäßig Propaganda angebracht wurde.

Es ist möglich, dass die Vorfälle von wenigen Personen ausgingen, die in den Ortsteilen unterwegs waren. Aus den Inhalten und Quellen der Propaganda lassen sich Rückschlüsse darauf ziehen, mit welchen Gruppen diese Personen sympathisierten. Die meisten Aufkleber stammten aus dem Online-Versandhandel von „aktivde“ und „Druck18“ sowie von der Neonazi-Kleinpartei „Der III. Weg“. Weitere waren von dem Berliner Versandhandel „Division Odin“ oder warben für das bundesweite extrem rechte Kampagnenprojekt „Ein Prozent“.

## Hauptthemen der Propaganda

Mehr als die Hälfte der Propaganda war **rassistisch** motiviert. Eine zunehmende Rolle spielte der aus der Neuen rechten stammende Kampfbegriff „**Remigration**“. Dahinter verbirgt sich die Forderung nach massenhafter Ausweisung und Vertreibung von Menschen mit Migrationsgeschichte aus Deutschland. In Reinickendorf tauchte der Begriff u. a. auf Aufklebern und in Schmierereien auf. Ein Facebook-Beitrag der „Heimat“ ging in eine ähnliche Stoßrichtung. Die Forderungen nach der Ausreise „illegal Eingewanderter(r)“ wurde dort mit dem Foto eines Schwarzen Mannes bebildert, der einen Koffer packt. Dadurch schwang die Botschaft mit, dass vor allem nicht-weiße Menschen Deutschland verlassen sollten.

Viele Aufkleber waren gegen **Asylsuchende** gerichtet. Ihnen wurden Gewalttaten wie Vergewaltigung unterstellt oder sie wurden aufgefordert „weiter zu flüchten“. Auf anderen wurden Migrant\*innen mit Tieren assoziiert. **Muslim\*innen** wurden auf Aufklebern als Terrorist\*innen dargestellt. Als Bebilderung dienten mehrfach Frauen mit Kopftüchern. Auch „Die Heimat“ Reinickendorf hetzte auf Facebook gegen Muslim\*innen. Ein Post mit der Aufschrift „Ihre Heimat ist nicht unsere Heimat“ zeigte beispielsweise eine bekannte Berliner Politikerin muslimischen Glaubens. In einem Kommentar wurde sie als „Monster-Puppe“ bezeichnet.

Es gab einen Anstieg an Stickermotiven, die sich **gegen politische Gegner\*innen** der extremen Rechten richteten. Besonders häufig waren Aufkleber gegen Antifaschismus. Bemerkenswert ist, dass neben Symbolen wie der Antifa-Aktions-Flagge oder Hammer und Sichel oft auch eine Regenbogenfahne abgebildet wurde. Queere Sichtbarkeit wurde so zunehmend mit einer linken Einstellung assoziiert und queere Menschen als Feindbild markiert. Auch der Zahlencode 1161 tauchte in Reinickendorf vermehrt auf. Er steht für „Anti-Antifaschistische-Aktion“. Tags mit dem Code dienen dazu, Dominanz im öffentlichen Raum zu zeigen und diesen für Personen, die sich gegen Neonazis engagieren, als unsicher zu markieren.

Auch **demokratische Parteien** gehören zum klaren Feindbild der extremen Rechten, die sie häufig verächtlich als „Altparteien“ bezeichnen. Aufkleber der „Deutschen Stimme“, einer Heimatnahen Monatszeitung, bezeichneten beispielsweise Politiker\*innen als „Volksfeinde“, die in Haftung genommen werden müssten. Neonazistische Versandhandel vertreiben besonders Aufkleber, die sich gegen Grüne richten. In Reinickendorf wurden beispielsweise Sticker mit dem Slogan „Grüne an die Ostfront“ dokumentiert.

Propaganda, die den **Nationalsozialismus** verherrlichte, stieg ebenfalls weiter an. In sechs Fällen wurden Hakenkreuze im öffentlichen Raum oder in Hausfluren gemalt oder geritzt. Teilweise wurden diese mit weiteren Neonazi-Codes wie 88 für „Heil Hitler“ oder 1161 kombiniert.

Im März wurden Plakate im öffentlichen Raum dokumentiert, die auf die alliierte Bombardierung Dresdens Bezug nahmen. Dieses Ereignis wird in extrem rechten Kreisen zur Relativierung der NS-Verbrechen genutzt.

## Extrem rechte Akteure im Bezirk

In Reinickendorf waren verschiedene Neonazi-Organisationen aktiv. Besonders „Die Heimat“ (früher: NPD) ist weiter im Bezirk verankert. Sie führte auch die meisten Veranstaltungen durch. „Der III. Weg“ war nur in Form von Propaganda präsent. Im Jahr 2024 gab es außerdem erste Hinweise darauf, dass Anhänger\*innen der neu gegründeten Gruppierung „Deutsche Jugend Voran“ (DJV) sich in Reinickendorf bewegen. Diese und die Jugendorganisationen von „Die Heimat“ und „Der III. Weg“ richteten sich mit ihrer Propaganda im Bezirk gezielt an Jugendliche. Darüber hinaus wurden Aktivitäten der „Jungen Alternative“ (JA) und der „Grauen Wölfe“ in Reinickendorf dokumentiert. Manche Akteure traten nur durch einzelne Aktionen im Bezirk in Erscheinung. So führte „Team OHV“ im Oktober einen Autokorso mit LGBTIQ\*-feindlichen Inhalten durch.

### „Die Heimat“

„Die Heimat“ ist die am Längsten bestehende neonazistische Partei in der Bundesrepublik. Zur Außendarstellung nutzt sie neben Mitteln der Straßenpropaganda, wie Flyern, Plakaten und Stickern, das parteinahe Monatsmagazin „Deutsche Stimme“. Die Partei hat vielerorts ihre Tätigkeit eingestellt, in Reinickendorf sind Mitglieder aber weiterhin aktiv. Besonders umtriebig waren Anhänger\*innen der Partei bzw. ihrer Jugendorganisation „Junge Nationalisten“ (JN) in den Ortsteilen Hermsdorf, Reinickendorf und Tegel. Im Bezirk wurden im vergangenen Jahr Aufkleber der Partei, ihrer Jugendorganisation sowie des parteinahe Monatsmagazins „Deutsche Stimme“ dokumentiert.

Im Vergleich zu anderen Neonazi-Organisationen waren sie jedoch eher selten. Auf Facebook veröffentlichte der Ortsverband hingegen regelmäßig Beiträge. Dort wurde auch Werbung für



einen monatlichen Stammtisch sowie weitere gesellige Veranstaltungen wie einen Neujahrsempfang, eine Weihnachtsfeier, einen Spieleabend, Glühwein trinken oder eine Wanderung geteilt. Darüber hinaus wurde für interne Fortbildungen zu den Themen „Basisdemokratie in politischen Parteien“, „Raumorientierte Volkswirtschaft“ und „Nachkriegsverbrechen der Alliierten“ geworben. Im Rahmen des EU-Wahlkampfs im Frühjahr 2024 hängte die Partei u. a. in der Lindauer und der Aroser Allee sowie am Nordgraben Wahlplakate auf. Diese enthielten die Aufschriften „Migration jetzt“, „Raus aus der Nato“, „Kein Bock auf Grüne“ und „Meinungsfreiheit“. In Tegel wurden in dem Kontext Flyer in Briefkästen verteilt. Zum Volkstrauertag im November wurden Grabkerzen mit dem Parteilogo und der Aufschrift „Sie starben fürs Vaterland; Unvergessen!“ an einer Kriegsgräberstätte im Ortsteil Reinickendorf aufgestellt. Insgesamt steigerte die Partei damit ihre Aktivitäten deutlich im Vergleich zum Vorjahr.



### Der III. Weg und NRJ

„Der III. Weg“ ist eine neonazistische Kleinstpartei. Sie strebt einen gewalttätigen Umsturz der politischen Verhältnisse an und befürwortet Gewalt. „Der III. Weg“ setzt nicht wie übliche Parteien auf Wahlerfolge oder Sitze in Parlamenten, sondern ist eine Bewegung, die sich der Form einer Partei bedient. Wichtige Säulen ihrer Arbeit sind Aufkleber, Plakate und Infostände, aber auch Kampfsporttrainings, Wanderungen und Demon-

strationen. Propaganda dieser Gruppe wird in Berlin besonders in den Ostbezirken verteilt. Reinickendorf liegt mit 15 Vorfällen mit Bezug zum „III. Weg“ über den Werten anderer Westbezirke. Aufkleber der Organisation wurden aus Tegel, Wittenau und Waidmannslust gemeldet. Besonders häufig waren sie in Frohnau. Die Aufkleber verbreiteten Slogans wie „Terrorstaat Israel“, „Deutschland den Deutschen“, „Antifa-Banden zerschlagen“, und „Homo-Propaganda stoppen!“. Aufschriften wie „Die wahre Krise ist das System“ und „Rudi Dutschke wäre heute einer von uns“ verwiesen auf das revolutionäre Selbstverständnis und die kapitalismuskritische Ausrichtung der Organisation. Auch völkischer Umweltschutz war regelmäßig Thema. Die Partei wirbt in Berlin aktiv um Jugendliche für ihre Jugendorganisation „Nationalrevolutionäre Jugend“ (NRJ). Ein Aufkleber mit Werbung für einen Telegramkanal der Jugendgruppe wurde beispielsweise am Bahnhof Wittenau dokumentiert. Verfestigte Strukturen von „Der III. Weg“ oder „NRJ“ gibt es in Reinickendorf bisher offenbar nicht. Anders als in den Vorjahren wurden weder Flugblätter verteilt noch Aktionen wie Kleiderspenden inszeniert, um sie auf Social Media zu verwerfen. Die Aufkleber sind online bestellbar und setzen keine Mitgliedschaft voraus. In Frohnau wurden sie regelmäßig zusammen mit Aufklebern verbreitet, die für „Ein Prozent“, die „NPD“ sowie die „Deutsch Stimme“ warben. Das spricht für eher diffuse Sympathien für extrem rechte Inhalte. Nur ein Vorfall deutet auf eine engere Anbindung an die Strukturen des „III. Weg“ hin. Dabei hinterließ eine Person am S-Bahnhof Tegel kleine Karten mit dem Logo der Organisation und einem QR-Code.

### DJV

„Deutsche Jugend Voran“ ist eine extrem rechte Gruppierung, die seit 2024 als loser Zusammenhang mit Aktionen in Erscheinung tritt. Unter diesem Namen organisieren sich besonders Jugendliche

und junge Erwachsene. Der Slogan „Deutsche Jugend Voran“ wurde bereits mehrere Jahre lang von „Der III. Weg“ verwendet. Öffentliche Aufmerksamkeit erlangte DJV bundesweit mit Störaktionen gegen Pride-Paraden im Sommer 2024. Auch in Reinickendorf waren im Jahr 2024 Anhänger\*innen der DJV aktiv. Besonders im Märkischen Viertel wurden viele Aufkleber des extrem rechten Versandhandels „aktivde“ dokumentiert.



Diese Aufkleber richteten sich u. a. gegen Antifaschismus und die queere Bewegung und waren auf eine jugendliche Zielgruppe zugeschnitten. Ein häufig verklebter Aufkleber von „aktivde“ zeigte einen Kopf mit schwarz-rot-goldener Sturmmaske mit dem Slogan „Deutsche Jugend voran“.

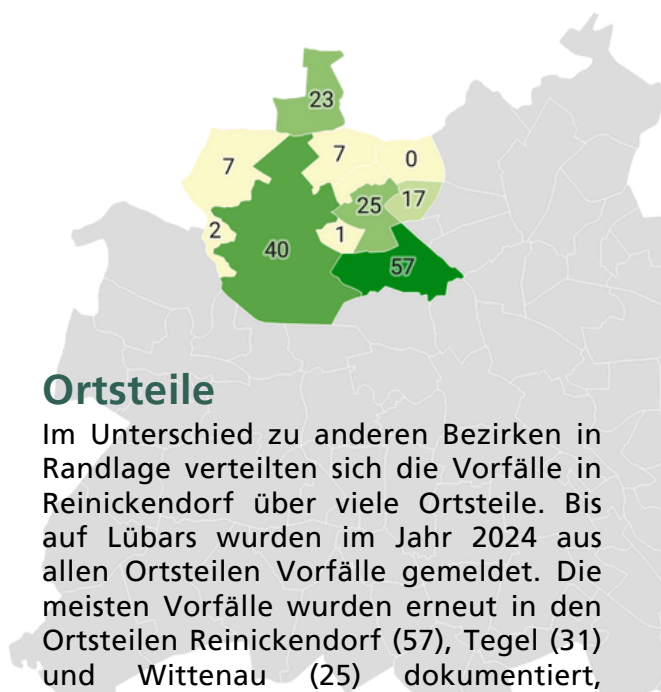
### Junge Alternative

Bis zum Januar 2025 war die „Junge Alternative“ die offizielle Jugendorganisation der AfD. Bis zu ihrer Auflösung im März dieses Jahres vertrat sie eine extrem rechte, antifeministische und ethnopluralistische Ideologie. Die JA konnte außerdem Netzwerken der Neuen Rechten zugeschrieben werden und hatte zum Teil Verbindungen und personelle Überschneidungen zur Identitären Bewegung. Vereinzelt wurden im Jahr 2024 Vorfälle in Bezug auf die JA in Reinickendorf dokumentiert. Im Mai wurde der Stammtisch der AfD Reinickendorf, der zweimal im Monat stattfand, von Mitgliedern der JA geleitet und Beatrix von Storch war zu Gast. Auch Aufkleber

der JA wurden dokumentiert. So wurde im Februar ein geschichtsrevisionistischer Aufkleber mit dem Slogan „Tradition ist die Weitergabe des Feuers, nicht die Anbetung der Asche“ an der Station Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik bemerkt. Der Slogan kann als Ablehnung der Erinnerung an den Holocaust und andere nationalsozialistische Verbrechen verstanden werden. In der Nähe befanden sich weitere Aufkleber, die eine extrem rechte Veranstaltung „Gedenken Dresden“ bewarben bzw. von einem Neonaziversand stammten.

### Graue Wölfe

Als „Graue Wölfe“ wird die extrem rechte türkische „Ülkücü-Bewegung“ bezeichnet. Sie steht der nationalistischen und extrem rechten türkischen Partei MHP nahe. Die „Grauen Wölfe“ sind die größte extrem rechte Gruppierung in Deutschland und in verschiedenen Kulturvereinen organisiert. Sie vertreten antisemitische, frauen- und queerfeindliche Inhalte und Hass gegen Kurd\*innen, Armenier\*innen, Griech\*innen und Alevit\*innen. Zeichen der Grauen Wölfe sind drei Halbmonde, ein heulender Wolf im Halbmond, ein roter Apfel, der Wolfsgruß sowie das Wort Türk in Runenschrift („ᚼᚢᚱᚾ“). Im Ortsteil Reinickendorf wurden in der Nähe des Franz-Neumann-Platzes mehrere Schmierereien mit Bezug zu den Grauen Wölfen dokumentiert. Dies ist im berlinweiten Vergleich eine Besonderheit. An der Bushaltestelle Mickestraße und in der Holländerstraße wurden eingekratzte und gesprühte Symbole der Grauen Wölfe dokumentiert. Im Oktober wurde das Kulturzentrum der „Freien kurdischen Gemeinde“ im selben Ortsteil Ziel eines versuchten Brandanschlags. Der Vorstand des kurdischen Vereins vermutete türkische Nationalist\*innen hinter der Tat. In der Vergangenheit war das Vereinslokal von Anhänger\*innen der extrem rechten „Grauen Wölfe“ bedroht worden.



## Ortsteile

Im Unterschied zu anderen Bezirken in Randlage verteilten sich die Vorfälle in Reinickendorf über viele Ortsteile. Bis auf Lübars wurden im Jahr 2024 aus allen Ortsteilen Vorfälle gemeldet. Die meisten Vorfälle wurden erneut in den Ortsteilen Reinickendorf (57), Tegel (31) und Wittenau (25) dokumentiert, gefolgt von Frohnau (23) und dem Märkischen Viertel (17). In den übrigen Ortsteilen lag die Zahl der Vorfälle deutlich niedriger. In Waidmannslust wurden acht, in Heiligensee und Hermsdorf jeweils sieben, in Konradshöhe zwei und Borsigwalde nur ein Vorfall dokumentiert. Der deutlichste Anstieg von Propaganda ließ sich in Frohnau und das Märkische Viertel verzeichnen.

### Reinickendorf

Im Ortsteil Reinickendorf wurden erneut die meisten Vorfälle dokumentiert. Es kam zu drei rassistischen Angriffen. Es fanden zehn Bedrohungen aus rassistischen, queergefeindlichen oder antisemitischen Motiven statt. Aufkleber und Schmierereien wurden vermehrt am Kolpingplatz, um den Schäfersee und beim S-Bahnhof Schönholz entdeckt. Im westlichen Gebiet von Reinickendorf wurden besonders um den Kurt-Schumacher-Platz Aufkleber entdeckt. Im Auguste-Viktoria-Kiez wurden bei einem Jugendclub gezielt ein antirassistisches Banner und beim Mehrgenerationenhaus nicht-deutschsprachige Schilder entfernt. Im östlichen Teil des Ortsteils stechen mehrere Vorfälle mit Bezug zu den Grauen Wölfen hervor.

### Tegel

In Tegel wurden die meisten Vorfälle von struktureller Benachteiligung dokumentiert. Von 31 Vorfällen aus dieser Kategorie waren 15 hier verortet. Abgesehen von der Unterkunft für Geflüchtete auf dem Flughafengelände fanden sie in einer Sammelunterkunft statt, deren Adresse anonymisiert wurde, sowie in der Justizvollzugsanstalt. Die dokumentierten Aufkleber in Tegel richteten sich meist gegen Geflüchtete und waren u. a. vom Neonazi-Verbandhandel „Druck18“ oder von „Der III. Weg“. Die Propaganda wurde von ähnlichen Orten wie auch in den Jahren zuvor gemeldet. Schwerpunkte waren Alt-Tegel sowie das Umfeld der Hatzfeldallee. Im Ortsteil wurden antisemitische Schmierereien zusammen mit Hakenkreuzen entdeckt und ein SPD-Büro Ziel extrem rechter Schmierereien.

### Wittenau

In Wittenau wurden besonders um die U- und S-Bahn-Stationen Wittenau und arl-Bonhoeffer-Nervenklinik Neonazi-Aufkleber entdeckt. An der letztgenannten Station fand im Januar auch ein transfeindlicher Angriff auf zwei junge Erwachsene statt. Sie wurden von einer Gruppe bereits in der Bahn belästigt und nach dem Aussteigen geschlagen. Im Ortsteil liegt auch das Rathaus Reinickendorf. Ein Mitglied der Grünen-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung erhielt im Rathaus mehrfach Drohbriefe mit extrem rechten Inhalten. Der regelmäßig stattfindende Stammtisch der AfD gegenüber vom Rathaus wurde vereinzelt von der „Jungen Alternative“ geleitet.

### Frohnau

In Frohnau wurden im Jahr 2024 ausschließlich Propagandavorfälle gemeldet. Die Vorfallszahl vervierfachte sich. Ein Flugblatt mit LGBTIQ\*-feindlichem Inhalt wurde in Briefkästen verteilt. Daneben kam es mehrfach zu Schmierereien im öffentlichen Raum. Dabei wurden mehrfach der rassistische Kampfbegriff „Remigration“ sowie NS-Symbole

angebracht. Zudem wurde über das Jahr hinweg eine Vielzahl von extrem rechten Aufklebern im Ortsteil entdeckt. Diese befanden sich am S-Bahnhof sowie auf beiden Seiten des Bahnhofs: am Konzer Platz und in der Zeltinger Straße sowie im Maximiliankorso. Besonders viele Aufkleber stammten von „Der III. Weg“ und „Ein Prozent“.

### **Märkisches Viertel**

Im Märkischen Viertel fanden drei Angriffe und zwei Bedrohungen bzw. Beleidigungen statt. Beim House of Queers wurden Jugendliche beleidigt und der Jugendtreff wurde mit Eiern und Steinen beworfen. Propaganda stieg im Ortsteil besonders stark von zwei auf zwölf Vorfälle an. In der Wesendorfer Straße wurde im Juli der Schriftzug „LGBTQ raus aus Deutschland“ entdeckt. Extrem rechte Aufkleber tauchten oft an den gleichen Orten auf. Besonders entlang der Fußwege um das Mittelfeldbecken wurden allein zwischen den Sommer- und Herbstferien ca. 150 Aufkleber dokumentiert. Diese waren hauptsächlich von dem extrem rechten Versandhandel „aktivde“ und warben teilweise für „Deutsche Jugend Voran“.

### **Waidmannslust**

In Waidmannslust wurden Neonazi-Aufkleber und Schmierereien besonders rund um den S-Bahnhof Waidmannslust dokumentiert. In der Nähe des Bahnhofs wurden im Mai auch Neonazi-Plakate entdeckt, die sich gegen die Erinnerung an den 8. Mai als Tag der Befreiung richteten. Dieselben Plakate wurden auch in Hermsdorf angebracht. Außerdem kam es im Ortsteil zu gezielten Aktionen gegen die SPD. Der Reinickendorfer Kreisverband erhielt in seinem Büro einen Drohbrief mit extrem rechtem Inhalt und an einem Schaukasten der Partei wurden extrem rechte Sticker angebracht.

### **Heiligensee und Konradshöhe**

In Heiligensee wurden extrem rechte Aufkleber in Straßen und an einem SPD-Infokasten dokumentiert.

In Konradshöhe wurden extrem rechte Aufkleber an der Badestelle Sandhauser Straße angebracht. An dieser Badestelle zwischen den Ortsteilen trafen sich im Juli drei junge Männer und sangen Lieder der Neonazi-Band „Landser“. Später am selben Tag wurden Kinder und Jugendliche der sozialistischen Jugendorganisation „Die Falken“ bei ihrem Sommercamp in der Nähe der Badestelle beleidigt und bedroht. Laut Melder\*innen hielten sich die Neonazis öfter an der Badestelle auf. Außerdem wurden Aufkleber mit linken Inhalten in Heiligensee regelmäßig entfernt oder mit Fußballstickern beklebt.

### **Hermsdorf**

In Hermsdorf wurde hauptsächlich extrem rechte Propaganda im öffentlichen Raum dokumentiert. An Postkästen wurden Aufkleber der „Deutschen Stimme“ angebracht. Im Mai wurden an mehreren Stellen Neonazi-Plakate verklebt. Sie richteten sich gegen die Erinnerung an den 8. Mai als Tag der Befreiung von der nationalsozialistischen Herrschaft. Es wurde aber auch extrem rechte Hetze im Internet mit Bezug zum Ortsteil dokumentiert. Im Februar 2024 gründete sich die Gruppe „Hermsdorf Steht Vereint“ und veranstaltete regelmäßig öffentliche Kundgebungen gegen Rechtsextremismus. Die Ankündigungen für diese Kundgebungen auf Facebook erhielten sehr viele kritische Kommentare, welche die Notwendigkeit der Aktion in Frage stellten. Außerdem wurde ein rassistisches Meme mit positivem Bezug zum Ku-Klux-Klan in den Kommentaren geteilt.

### **Borsigwalde und Lübars**

In Borsigwalde wurde nur ein Propagandavorfall dokumentiert. In Lübars wurde kein Vorfall dokumentiert. Im Jahr 2023 wurden dort fünf Vorfälle gemeldet. Da das Register in diesen Ortsteilen keine festen Meldestrukturen hat, könnten die Zahlen dort real deutlich höher liegen.

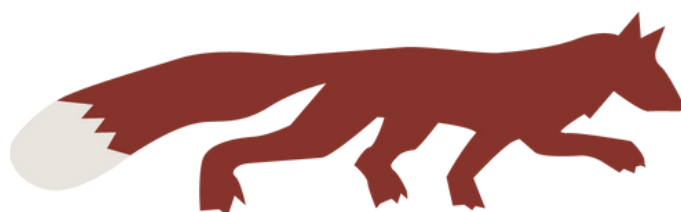


## Ausblick

Die öffentliche Debatte war in den letzten Monaten so rassistisch wie lange nicht. Menschenrechte wurden zunehmend in Frage gestellt. Besonders die Anschläge von Magdeburg oder Aschaffenburg wurden dabei instrumentalisiert, um generell Stimmung gegen Menschen mit Migrationsgeschichte zu machen. In der Regel folgen auf eine diskursive Radikalisierung **mehr Gewalttaten**. Auch in Reinickendorf ist ein Anstieg von verbalen Anfeindungen und physischer Gewalt, vor allem im öffentlichen Raum, zu befürchten. Dies könnte zum einen Personen treffen, die als nicht-deutsch kategorisiert werden, aber auch solche, die sich politisch für Migrant\*innen und gegen Rassismus stark machen. Die Zunahme von Drohbriefen gegen Politiker\*innen und von Sachbeschädigungen an Einrichtungen im vergangenen Jahr deuten bereits in diese Richtung.

Die menschenunwürdige Unterbringung von Geflüchteten aus der Ukraine und anderen Ländern auf dem **Flughafengelände Tegel** scheint ein Dauerzustand zu werden. Auch in anderen Unterkünften erfahren Geflüchtete und Wohnungslose in Reinickendorf Diskriminierung. Menschenrechte gelten für alle, unabhängig von ihrem Aufenthalts- oder sozialen Status. Auch in Reinickendorf gilt daher, sich nicht von den aktuellen Diskursverschiebungen blenden zu lassen und für eine Verbesserung der Unterbringungssituation zu sorgen.

Bundesweit lässt sich momentan ein Aufstieg **extrem rechter Jugendkulturen** beobachten. Die vom Register Reinickendorf dokumentierten Vorfälle weisen darauf hin, dass auch Jugendliche oder junge Erwachsene im Bezirk mit diesen Gruppierungen sympathisieren. Schulen und Jugendeinrichtungen müssen sich darauf einstellen, dass Schüler\*innen und Besucher\*innen entsprechende Werbung verteilen oder sich entsprechend äußern, um Mitstreitende anzuwerben. Jugendeinrichtungen könnten unfreiwillig zu Treffpunkten von jungen Neonazis werden. Besonders queere Jugendliche könnten Ziel von Mobbing und Gewalt durch andere Jugendliche werden. Lehrkräfte und Sozialarbeitende müssen sich auf diese Szenarien vorbereiten und Betroffene schützen.



# Chronik 2024

## Bedeutung der Symbole:



Angriff



Sachbeschädigung



Bedrohung/ Beleidigung/ Pöbeleien



Veranstaltung



Strukturelle Benachteiligung

Hinweis: Im Jahr 2024 wurden 134 Propagandavorfälle dokumentiert. Besonders häufig waren Aufkleber. Im Folgenden haben wir davon zur Übersichtlichkeit nur eine Auswahl abgedruckt (ohne Symbol). Die gesamte Chronik ist online einsehbar unter [berliner-register.de/register/reinickendorf/vorfalls-chronik](https://berliner-register.de/register/reinickendorf/vorfalls-chronik).

## Januar



**1. Januar**

Der Bezirksverband Reinickendorf der Neonazi-Partei „Die Heimat“ (ehemals NPD) lud auf Facebook zu einem Neujahrsempfang in Reinickendorf ein.



**9. Januar**

Russische Bewohnende eines Ankunfts-zentrums für Geflüchtete im Bezirk berichteten, dass sie seit ihrer Ankunft in Berlin in einem kalten Zelt untergebracht worden seien, während Geflüchtete anderer Nationalitäten schneller in eine Unterkunft verlegt worden seien.



**9. Januar**

Bewohnende einer Unterkunft für Geflüchtete im Bezirk berichteten, dass Mitarbeitende russische Staatsangehörige diskriminiert hätten, indem sie ihre Dokumente nicht entgegen genommen hätten.

**15. Januar**

Am U-Bahnhof Kurt-Schumacher-Platz im Ortsteil Reinickendorf wurde ein eingeritztes Hakenkreuz an einem Fahrkartenautomaten gesehen.



**17. Januar**

„Die Heimat“ Reinickendorf warb auf Facebook für eine Vortragsveranstaltung zum Thema „Basisdemokratie in politischen Parteien“ an diesem Tag. Der genaue Ort ist unbekannt.



**17. Januar**

An einer Oberschule im Bezirk äußerte sich eine Person schwulenfeindlich, indem sie sagte, dass „Schwule keine richtigen Männer seien“.



**17. Januar**

In der Holländerstraße im Ortsteil Reinickendorf ereignete sich gegen 0:20 Uhr in einer Tankstelle ein rassistischer Angriff. Zunächst gab es einen Streit zwischen einem 39-jährigen Kunden und einem 21-jährigen Mitarbeiter, wobei der Kunde Waren auf den Boden warf. Als ein weiterer, 26-jähriger Kunde hereinkam, beleidigte der erste Kunde ihn rassistisch und übergoss ihn mit einem Getränk. Der Mitarbeiter forderte den Angreifer auf, die Tankstelle zu verlassen, was dieser jedoch nicht tat. Er

wurde schließlich von der Polizei festgenommen.

### 18. Januar

In Wittenau wurden zwei junge Erwachsene aus transfeindlichen Motiven angegriffen. Nach 22 Uhr wurden die Betroffenen während der Fahrt mit der U8 von einer siebenköpfigen Personengruppe bedrängt und zu ihrem Geschlecht befragt. Als die beiden am U-Bahnhof Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik ausstiegen, folgte ihnen die Gruppe und schlug auf sie ein. Beide Personen wurden im Gesicht verletzt. Eine wurde zur Behandlung ins Krankenhaus gebracht.

### 18. Januar

Am Konzer Platz in Frohnau wurden rassistische Schmierereien gemeldet. Auf einem Briefkasten war „Stop Islam“ und „Fuck Grün“ geschrieben.

### 22. Januar

An der Rolltreppe im S-Bahnhof Frohnau wurde ein Hakenkreuz gesehen. Die Schmiererei wurde teilweise überklebt.

### 22. Januar

An der Kreuzung Ruppiner Chaussee und Am Dachsbau in Heiligensee wurden extrem rechte Aufkleber gemeldet und entfernt. Ein Aufkleber mit der Aufschrift „Good night left side“ richtete sich gegen queeren und antifaschistischen Aktivismus. Ein weiterer trug den Slogan der Identitären Bewegung „Defend Europe“.



### 25. Januar

In einem Großzelt der Unterkunft für Geflüchtete auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tegel (im Folgenden: Ankunfts-Zentrum Tegel) ließen Mitarbeitende mehrere Nächte lang bunte und blinkende Lampen an. Durch die Dauerbeleuchtung wurden Geflüchtete vom Schlaf abgehalten. Laut Meldenden wurden einige Geflüchtete dadurch an eigene Foltererfahrungen erinnert.



### 26. Januar

In Bezirk kam es zu einem rassistischen Angriff. Am Vormittag beleidigte ein 15-jähriger Schüler einer Oberschule im Märkischen Viertel einen 14-jährigen Mitschüler rassistisch. Nachdem der Betroffene Lehrkräfte über den Vorfall informiert hatte, wurde er von seinem Mitschüler angegriffen und verletzt, sowie mit dem Tode bedroht. Der Polizeiliche Staatsschutz beim Landeskriminalamt übernahm die Ermittlungen.



### 26. Januar

Mitarbeitende eines Teils des Ankunfts-Zentrums Tegel durften bis ca. Mitte Februar in Notfällen nicht selbst Polizei, Feuerwehr oder Rettungswagen rufen. In einer internen Anweisung hieß es: „Wir rufen NIEMALS Rettungskräfte.“ Polizei und Feuerwehr durften nur von der „DRK-Leitung“, also der Leitung der gesamten Unterkunft, gerufen werden. Bei medizinischen Notfällen sollten Mitarbeitende die interne Erste-Hilfe-Abteilung anrufen, deren Anweisungen beachten und die Schichtleitung verständigen. Durch diese Regelungen wurden mehrere Ebenen zwischen Erst-helfende und Notrufzentralen geschaltet. Dadurch waren die Regeln geeignet, in medizinischen Notsituationen, bei Feuer oder Gewalttaten das Eintreffen von Polizei und Rettungskräften zu verzögern und so Gesundheit und Leben der Betroffenen zu gefährden.



### 27. Januar

Am Franz-Neumann-Platz im Ortsteil Reinickendorf wurden Teilnehmende einer Kundgebung, die den Opfern des Nationalsozialismus gedachte, beleidigt. Gegen 14 Uhr rief eine unbekannte Person, die an der Markstraße neben der Kundgebung stand, mehrfach „Hurensöhne“. Da auf der Kundgebung neben einem Banner vom Netzwerk „Reinickendorf aktiv“ auch Regenbogenfahnen sichtbar waren, kann ein queerfeindliches Motiv vermutet werden.

### 31. Januar

„Die Heimat“ Reinickendorf veröffentlichte im Januar über 30 Online-Beiträge auf Facebook. Am 27. Januar, dem Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, wurde ein Beitrag mit dem Slogan „Ein einziger Tag ohne Schuld kult wäre wie ein 6er im Lotto!“ geteilt. Die extreme Rechte nutzt „Schuld kult“ als politischen Kampfbegriff und richtet sich damit gegen die Erinnerungskultur in Bezug auf die nationalsozialistischen Verbrechen. Ein Tag nach einer Kundgebung gegen den AfD-Stammtisch in Reinickendorf wurde ein Beitrag mit dem Titel „Linksterrorismus stoppen! Antifa verbieten! SPD, Grüne und Linke unterstützen den roten Terror“ geteilt. Darunter wurde in der Kommentarspalte ein Foto der Kundgebung gepostet.



### 31. Januar

Im Ankunftszentrum Tegel wurden in einzelnen Bereichen Hygienestandards nicht eingehalten. In den Toiletten fehlten monatelang regelmäßig Seife und Desinfektionsmittel. Die Essensbereiche wurden nicht ausreichend gereinigt und für die Bewohnenden standen nicht genügend Putzmittel zur Verfügung. Die Bewohner\*innen wurden so einem erhöhtem Krankheitsrisiko ausgesetzt.

## Februar

### 2. Februar

In der Straße Alt-Reinickendorf im Ortsteil Reinickendorf wurde an einer Hauswand eine Hakenkreuz-Schmiererei gesehen.

### 12. Februar

In der Facebook-Gruppe „Hermsdorfer Treff“ wurde ein Aufruf zu einer Lichterkette gegen Rechtsextremismus in Hermsdorf in mehreren Kommentaren kritisiert. Ein Kommentar enthielt ein Meme, auf dem eine Person in weißer Kutte mit Ku-Klux-Klan-Kreuz zu sehen war. Daneben stand: „Wer weiß

demnächst noch alles zu Deutschland gehört...;...habe mir cleverer Weise schon mal bei Ebay eine Herren-Burka gekauft“. Dieser Beitrag ist antimuslimisch-rassistisch und kann als Befürwortung rassistischer Gewalt verstanden werden. In den USA arbeiteten mehrere extrem rechte Organisationen unter dem Namen Ku-Klux-Klan (KKK). Klan-Mitglieder begingen eine Vielzahl rassistischer Morde. In Reinickendorf bestand von 2007 bis mindestens 2011 ein KKK-Ableger namens „European White Knights of the burning Cross“.



### 14. Februar

Der Schaukasten der SPD im Waidmannsluster Damm in Waidmannslust wurde mit mehreren extrem rechten Stickern überklebt. Die Aufkleber von „freies-netz“ zeigten ein Kampfflugzeug und trugen die Aufschrift „Heilsbringer von Demokratie & Frieden? Mehr als 250.000 Zivilisten starben im Bombenholocaust von Dresden“. Die Luftangriffe auf Dresden vom 13.-15. Februar 1945 werden von extrem Rechten immer wieder instrumentalisiert, um die nationalsozialistischen Verbrechen zu relativieren. Das Bekleben des Schaukastens wurde bei der Polizei gemeldet.



### 19. Februar

„Die Heimat“ Reinickendorf lud auf Facebook zur heutigen Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes ein.

### 20. Februar

Es ereignete sich ein antisemitischer Vorfall. Zum Schutz der betroffenen Person wurde der Vorfall anonymisiert.

### 22. Februar

Am Konzer Platz und an der Bushaltestelle Markgrafenstraße in Frohnau wurden rassistische Schmierereien dokumentiert und entfernt. Auf das Schild und einen Briefkasten wurde das Wort „Remigration“ geschrieben. Der Begriff „Remigration“ wird von der Neuen Rechten als Schlagwort benutzt. Dahinter steht die Forderung nach der massenhaften Abschiebung von Geflüchteten



sowie Eingewanderten und ihrer Nachkommen in vermeintliche Herkunftsländer oder in Drittstaaten.

### 25. Februar

An der Bushaltestelle Mickestraße im Ortsteil Reinickendorf wurde ein Symbol der türkischen extremen Rechten dokumentiert. An der Scheibe waren drei Halbmonde und darunter „AKP“ eingeritzt.

chen wie bei erneuten Vorfällen zu reagieren sei. Das Datum und Details des Vorfalls wurden zum Schutz der Betroffenen anonymisiert.

### 29. Februar

Auf einem Briefkasten am Konzer Platz in Frohnau wurde eine doppelte Siegrune geschmiert. Sie war während des Nationalsozialismus das Abzeichen der Schutzstaffel (SS) und ist in Deutschland verbo-

### Drei Halbmonde

Die drei Halbmonde sind eines der Erkennungszeichen der extrem rechten Ülkücü-Bewegung, auch bekannt als „Graue Wölfe“. Drei Halbmonde auf rotem Grund sind auch das Logo der extrem rechten türkischen Partei MHP, die auch zu den „Grauen Wölfen“ zählt. Sie gehen auf eine Kriegsflagge des Osmanischen Reiches zurück, bei der sie die drei Kontinente Afrika, Asien und Europa darstellten. Mit der Verwendung kann eine Verbundenheit mit der osmanischen Geschichte ausgedrückt werden sowie die Einheit und Überlegenheit der „Turkvölker“ propagiert werden. Das Symbol wird als Schmuck oder Tattoos getragen. Online wird es mit der Tastenkombination „cCc“ dargestellt.



Foto: Mickestraße



### 28. Februar

„Die Heimat“ Reinickendorf lud auf Facebook zu einem Spieleabend ein.

### 28. Februar

Am Franz-Neumann-Platz im Ortsteil Reinickendorf wurde ein Aufkleber der „Jungen Nationalisten“ (JN), der Jugendorganisation der „Heimat“ dokumentiert und entfernt. Auf dem Sticker war eine Statue von Bismarck zu sehen. Darunter stand folgendes, ihm zugeschriebenes, Zitat: „Leisten wir uns den Luxus, eine eigene Meinung zu haben“. Damit wurde auf die Vorstellung angespielt, die öffentliche Meinung sei in Deutschland gleichgeschaltet.



### 29. Februar

In einer offenen Jugendeinrichtung im Bezirk wurden trans Personen beleidigt und mit Müll beworfen. Im Anschluss an den Vorfall fand ein Gespräch mit den verantwortlichen Jugendlichen statt und. In der Einrichtung wurde bespro-

en. An den Bushaltestellen Konzer Platz, Markgrafenstraße und Am Pilz wurde auf die Scheibe „Fuck Grüne“ geschrieben. Die Schmierereien stammten offenbar von derselben Person.

### 29. Februar

In der Hatzfeldtallee und dem Tile-Brügge-Weg in Tegel wurden zahlreiche rassistische Aufkleber mit dem Schlagwort „Remigration“ bemerkt und entfernt. Auch direkt beim Humboldt-Gymnasium und beim Gabriele-von-Bülów-Gymnasium wurden extrem rechte Aufkleber gesehen.

### 29. Februar

„Die Heimat“ Reinickendorf veröffentlichte im Januar zahlreiche Beiträge auf Facebook. Ein Post zeigte eine muslimische Politikerin mit der Aufschrift „Ihre Heimat ist nicht unsere Heimat“. In einem Kommentar wurde die Politikerin als „Monster-Puppe“ bezeichnet. Weitere Beiträge befassten sich unter anderem mit der Wahlwiederholung, Parteiver-

anstaltungen und den Demonstrationen gegen Rechtsextremismus.



### 29. Februar

Im Ankunftszentrum Tegel kam es laut Berichten wiederholt zu antiziganistischen Vorfällen. Der Bereich, in dem Rom\*nja aus der Ukraine untergebracht waren, wurde von Mitarbeitenden als „Kackbereich“ betitelt. Rom\*nja wurden auch von anderen Geflüchteten rassistisch beleidigt und ihnen wurde unterstellt, generell kriminell und schmutzig zu sein. Hierbei handelt es sich um antiziganistische Vorurteile. Ein Kind aus diesem Bereich wurde von Mitarbeitenden empathielos und degradierend behandelt.

## März



### 1. März

„Die Heimat“ Reinickendorf lud auf Facebook für diesen Tag zum monatlichen Stammtisch ein, der nach eigenen Angaben an jedem ersten Freitag im Monat stattfinden sollte.

### 2. März

An der Bushaltestelle Markgrafenstraße in Frohnau wurde erneut der Schriftzug „Remigration“ auf dem Fahrplan angebracht, nachdem eine vorangegangene Schmiererei übermalt wurde.

### 2. März

In der Grußdorfstraße in Tegel wurden antisemitische und andere extrem rechte Schmierereien bemerkt und entfernt. An der Ecke zur Berliner Straße hatte eine Person an einen Stromkasten einen selbst gebastelten Aufkleber angebracht. Darauf war in kleiner Handschrift die Forderung „Juden raus aus Deutschland“ zu lesen. In der Nähe hatte dieselbe oder eine andere Person mit einem Marker ein Hakenkreuz auf einen Mülleimer geschmiert und daneben die Worte „Juden raus!“ geschrieben. Ein paar Häuser weiter waren außerdem an einem Werbeschild der SPD vor einem Büro der Partei der Slogan „Fuck Anti-

fa“ sowie die Namen „Höcke!“ und „AfD!“ angebracht worden.



### 6. März

„Die Heimat“ Reinickendorf lud auf Facebook zu einer Fortbildung mit dem Titel „Raumorientierte Volkswirtschaft“ ein. Mit diesem Begriff beschreibt die NPD schon seit längerer Zeit ihr wirtschaftliches Programm.

### 7. März

Am Waidmannsluster Damm in Tegel wurden mehrere Neonazi-Plakate von „freies-netz“ bemerkt. Sie trugen alle dasselbe Motiv eines Kampfflugzeugs und die Aufschrift „Heilsbringer von Demokratie & Frieden? Mehr als 250.000 Zivilisten starben im Bombenholocaust von Dresden“. Dazugehörige Aufkleber waren drei Wochen zuvor in derselben Straße gesichtet worden.



### 9. März

„Die Heimat“ Reinickendorf lud auf Facebook zu einer Wanderung von Tegel bis Konradshöhe ein.

### 10. März

An der Bushaltestelle Marthastrasse in Hermsdorf wurden Aufkleber der JN dokumentiert. Einer trug die Aufschrift „Jugend ohne Migrationshintergrund“. Ein weiterer warb mit dem Slogan „Linker Mainstream raus aus unseren Schulen“ für eine Schulkampagne der aus dem Jahr 2019. Dass die JN hinter dem Kampagne steckte, war auf den ersten Blick nicht erkennbar.



### 11. März

In einer Sammelunterkunft im Bezirk Reinickendorf kam es zu fortgesetzten rassistischen und LGBTIQ\*-feindlichen Diskriminierungen einer Schwarzen Person. Zum Schutz der betroffenen Person werden keine weiteren Informationen veröffentlicht.



### 12. März

Im Ankunftszentrum Tegel wurden die Bewohnenden durch ein fehlendes Brandschutzkonzept vermeidbaren Verlusten und Risiken ausgesetzt. An diesem

Tag wurde ein Zelt durch einen Brand zerstört. Gegen 13:45 Uhr bemerkten Sicherheitskräfte das Feuer in einem Schlafzelt, in dem 300 Ukrainer\*innen untergebracht waren. Alle Personen konnten die Halle verlassen und die Feuerwehr löschte den Brand. Ein Übergreifen auf die in geringer Entfernung stehenden Nachbarzelte konnte verhindert werden. Die Halle brannte vollständig aus. Viele Bewohnende verloren dadurch wichtige Dokumente und ihre letzten Habseligkeiten. Eine Schulung der Bewohnenden für den Brandfall war bis dahin nicht vorgesehen gewesen. Nach Einschätzung eines hochrangigen Feuerwehrmannes fehlten außerdem Markierungen auf dem Boden, die den Weg zum Notausgang gewiesen hätten. Im Unterschied zur Unterbringung in Wohnungen waren die Bewohner\*innen der Zelte einem höheren Risiko ausgesetzt, bei einem Brand ihren Besitz, ihre Gesundheit und ihr Leben zu verlieren. Verschärft wurde dieses Risiko dadurch, dass sinnvolle Sicherheitsmaßnahmen ausblieben.



### 13. März

Kinder und Jugendliche, die im Ankunftszentrum Tegel lebten, wurden über Monate hinweg nicht beschult. Im Februar wurden nur 130 Kinder in einer separaten Schule in Containern auf dem Gelände betreut. Hunderte weitere Kinder blieben ohne Zugang zu schulischer Bildung. Laut UN-Kinderrechtskonvention haben jedoch alle Kinder ein Recht auf Bildung.

### 13. März

Am Stadion in der Finsterwalder Straße im Märkischen Viertel wurde ein Hakenkreuz bemerkt und überklebt, das mit Marker auf einen antifaschistischen Aufkleber gemalt worden war.



### 14. März

Die Bewohnenden des Ankunfts-zentrums Tegel erhielten bei der Essensausgabe, trotz wiederholter Nachfrage, keine Zutatenliste. Sie konnten somit nicht nachvollziehen, ob

das Essen Allergene enthielt oder andere Zutaten, die sie nicht essen sollten oder wollten.



### 14. März

Im Ankunftszentrum Tegel wurde das Recht der Bewohnenden auf Privatsphäre wiederholt missachtet. Mitarbeitende wurden angewiesen, dreimal am Tag durch die Zelte zu gehen und abzuhaken, welche Bewohnenden anwesend waren, obwohl durch ein elektronisches System ohnehin die An- und Abwesenheit überwacht wurde. Bei dieser Prozedur schlugen Mitarbeitende laut gegen die Trennwände und rissen unvermittelt Vorhänge auf. Die ohnehin in der Massenunterbringung stark eingeschränkte Privatsphäre wurde so völlig zunichte gemacht. Diese Prozedur wurde sowohl von Bewohnenden als auch Mitarbeitenden vielfach degradierend kritisiert. Die Anweisung, diese Bettenlisten zu führen, blieb allerdings bestehen.

### 18. März

Im AVA-Kiez im Ortsteil Reinickendorf wurden mehrere rassistische Aufkleber bemerkt und überklebt. Die Aufkleber der Gruppe „aktiv.berlin“ mit der Aufschrift „Remigration! ... bevor es zu spät ist.“ zeigten eine zerstörte Straße in Berlin, in der Menschen nur noch auf Fahrrädern unterwegs waren. Im Hintergrund war ein Minarett zu erkennen. Bild und Text vermittelten insgesamt die Botschaft, dass Deutschland wegen muslimischer Migrant\*innen der Untergang drohe.



### 20. März

Sozialarbeiter\*innen berichteten, dass sich Kinder an einer Grundschule im Märkischen Viertel regelmäßig rassistisch beleidigten. Die Beleidigungen richteten sich gegen die muslimische Identität, gegen die Hautfarbe oder waren antiziganistisch motiviert.



Foto: Auguste-Viktoria-Allee

## Remigration

Der aus der Wissenschaft stammende Begriffe „Remigration“ wurde in Deutschland von der extrem rechten Identitären Bewegung eingeführt und als Euphemismus für die Forderung nach massenhafter Ausweisung und Vertreibung von Menschen mit Migrationsgeschichte verwendet. Andere Akteure der Neuen Rechten und die AfD übernahmen den Begriff ab 2018. Im November 2023 diskutierten Identitären sowie Mitglieder von AfD und CDU über RemigrationsPläne. Nach der Berichterstattung von correctiv und den folgenden antirassistischen Massenprotesten forderte die AfD in ihrem Europawahlprogramm weiterhin „Remigrationsprogramme“ und Alice Weidel verwandte den Begriff im Januar 2025, um Rückführungen im großen Stil zu benennen.

## April

### 3. April

Auf einem Mülleimer an der Ecke Berliner und Schlieperstraße in Tegel wurde die Schmiererei „Scheiß Juden“ entdeckt.



### 6. April

Wie durch die Medienberichterstattung bekannt wurde, wurden ukrainische Geflüchtete im Ankunftszentrum Tegel einem erhöhten Masern-Risiko ausgesetzt. Anfang April brachen in dem Teil, in dem Ukrainer\*innen untergebracht waren, Masern aus. Bis Anfang Juni waren 60 Personen erkrankt, acht mussten im Krankenhaus behandelt werden. Während der Impfstatus von Asylsuchenden kontrolliert und bei Bedarf aufgefrischt wurde, war dies bei Geflüchteten aus der Ukraine nicht der Fall. Durch das Wohnen auf engstem Raum mit Hunderten Personen in einem Zelt wurde die Situation verschärft.



### 8. April

Ein Mitglied der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen in der Bezirksverordnetenversammlung Reinickendorf erhielt einen persönlich adressierten Drohbrief mit extrem rechten und verschwörungsideologischem Inhalt. In

dem Schreiben verbreitete der Verfasser klassische Narrative der extremen Rechten, darunter die Verschwörungserzählung, dass alle etablierten Parteien – von der Linkspartei bis zur CDU – angeblich das Ziel verfolgten, Deutschland und das deutsche Volk zu vernichten und auszubeuten. Der Verfasser hetzte gegen Migrant\*innen, die er in menschenverachtender Weise als „asoziales Gesindel aus aller Welt“ diffamierte. Er warf der Regierung vor, öffentliche Gelder zu verschwenden und unterstellte den demokratischen Parteien, sich mit „allen Mitteln an die Macht zu klammern“. Dabei griff er auf ein typisches Element extrem rechter Verschwörungserzählungen zurück: die Behauptung, die Regierung kontrolliere die „Mainstreammedien“ und nutze Institutionen wie den Verfassungsschutz, um politische Konkurrenz – insbesondere die AfD – zu unterdrücken. Der Brief nahm auch Bezug auf die Enthüllungen von Correctiv. Der Verfasser tat diese Berichte als „Lügenkampagne“ ab – ein typisches Muster der extremen Rechten, um kritische Berichterstattung zu delegitimieren. Für den Fall eines möglichen AfD-Verbots drohte er unverhohlen mit „Bürgerkrieg, Revolution oder Umsturz“. Der Drohbrief wurde zur Anzeige gebracht.





### 9. April

In einer Grundschule im Bezirk wurden muslimische Schüler\*innen während des Ramadans im Sportunterricht benachteiligt. Gemäß einer Vorgabe der Schulleitung durften Kinder, die fasteten, nicht am Sportunterricht teilnehmen. Einige Lehrkräfte setzten diese Regel sehr streng um und benoteten die fastenden Kinder mit der Schulnote Sechs. Andere Lehrkräfte fanden hingegen inklusive Lösungen, die es auch fastenden Kindern ermöglichte, am Sportunterricht teilzunehmen. Diese Regelungen, die ausschließlich muslimische Kinder betreffen, müssen im Kontext von antimuslimischem Rassismus gesehen werden. Während christliche Symbole und Feiertage als Norm nicht hinterfragt werden, wird Religiosität im Fall des Islams pauschal als bedrohlich wahrgenommen.



### 10. April

Das „House of Queers“ im Märkischen Viertel wurde Ziel eines LGBTIQ\*-feindlichen Angriffs. Während des offenen Treffs für queere Jugendliche kam eine neue Gruppe von Kindern und Jugendlichen in das Gebäude. Sie stellten unhöfliche Fragen und verwendeten queerfeindliche Beleidigungen. Die Gruppe folgte den Teilnehmenden des Treffs nach draußen und belästigte sie weiter. Die Teilnehmenden und die pädagogische Fachkraft kehrten zum House of Queers zurück und schlossen das Hoftor, damit die Gruppe ihnen nicht folgen konnte. Daraufhin bewarf die Gruppe das Haus mit Steinen und Eiern.



### 16. April

Im Bezirk Reinickendorf wurde eine Person von der Polizei mehrfach mit dem falschen Geschlecht angesprochen und herabgewürdigt. Details und das Datum des Vorfalls wurden zum Schutz der Betroffenen anonymisiert.



### 17. April

Eine Frau wurde im Bezirk Reinickendorf von ihren Nachbar\*innen massiv rassistisch belästigt und bedroht, so-

wohl verbal als auch durch Gesten. In der Vergangenheit war sie bereits von den Nachbar\*innen gestalkt, rassistisch beleidigt und angefeindet worden.



### 19. April

In einer Sammelunterkunft im Bezirk Reinickendorf kam es zu fortgesetzten rassistischen und LGBTIQ\*-feindlichen Diskriminierungen einer Schwarzen Person. Zum Schutz der betroffenen Person werden keine weiteren Informationen veröffentlicht.

### 30. April

„Die Heimat“ Reinickendorf veröffentlichte im April einige Online-Beiträge auf Facebook. In einem Post mit dem Titel „Vorsicht: Spitzel lesen mit!“ wurde über den Jahresbericht des Register Reinickendorf für 2023 berichtet. Die Arbeit der Berliner Register wurde darin mit der Stasi verglichen und kritisiert, dass „Die Heimat“ mehrfach aufgenommen worden war. Weitere Beiträge richteten sich gegen Geflüchtete.

## Mai



### 2. Mai

Eine Person in Reinickendorf wurde auf dem Wohnungsmarkt im bestehenden Wohnverhältnis strukturell diskriminiert. Es handelte sich um eine behindertenfeindliche Diskriminierung.

### 4. Mai

Am Senftenberger Ring im Märkischen Viertel wurde in einem Hausdurchgang ein Hakenkreuz dokumentiert. Etwas weiter wurden die Zahlencodes und Abkürzungen 1161 und „HH 1939“ auf eine Wand gemalt. Sie stehen für „Anti-Antifaschistische-Aktion“, „Heil Hitler“ und den Beginn des Zweiten Weltkriegs.



### 6. Mai

Die Informationskästen der SPD und CDU am Ludolfingerplatz in Frohnau wurden mit Aufklebern extrem rechter Organisationen überklebt, so dass die Aushänge nicht mehr lesbar waren. Auf dem Kasten der SPD waren Aufkleber des extrem

rechten Kampagnenprojekts „Ein Prozent“ zu sehen. Durch die Aufschrift „Sichere Grenzen / Innere Sicherheit / Unsere Zukunft“ wurden Migrant\*innen pauschal als Risiko für die innere Sicherheit dargestellt. Auf dem Kasten der CDU war außerdem ein rassistischer Aufkleber angebracht worden, der Migrant\*innen pauschal als „Asylbetrüger“ abwertete und mit dem Bild eines Zuges ihre Deportation forderte, sowie ein Sticker mit der Aufschrift „Fuck Grün“. Auch in der Tannenstraße in der Nähe des Platzes wurden ein Aufkleber von „Ein Prozent“ und zahlreiche Aufkleber der extrem rechten „Gegengift“-Kampagne bemerkt und entfernt.



#### 7. Mai

Betroffene und Hilfsorganisationen berichteten im Abgeordnetenhaus über die unzureichende Versorgung, würdlose Behandlung und Unterbringung von Geflüchteten im Ankunftszentrum Tegel. Ein Bewohner berichtete, dass er für sein Baby und sein Kleinkind keine spezielle Nahrung erhalten habe. Mitarbeitende hätten sich außerdem geweigert, ihm ausreichend Feuchttücher zu geben. Eine Bewohnerin erzählte, ein Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes habe einen Beweis verlangt, als sie aufgrund ihrer Periode ihre Binde wechseln wollen. Es gab außerdem Berichte über inakzeptable hygienische Bedingungen in Duschräumen oder Toiletten, schimmeliges Essen und Mäusebefall in einer Quarantänestation. Wenn sich die Betroffenen beschwerten, sei häufig keine Abhilfe geschaffen worden. Ein Bewohner berichtete, Mitarbeitende antworteten auf Beschwerden sinngemäß folgendermaßen: „Wenn euch etwas nicht gefällt, könnt ihr ja wieder nach Hause fahren.“ Häufig wurde auf mehrfache Nachfragen, etwa zu einer Toilettenreparatur, mit Ahnungslosigkeit reagiert.



#### 7. Mai

Bei dem erwähnten Fachgespräch berichteten Hilfsorganisationen auch, dass

dort für Menschen mit chronischen Magen-Darm-Erkrankungen kein adäquates Essen zur Verfügung gestellt worden sei. Die Kosten für die Verpflegung seien ihnen trotzdem abgezogen worden. Sanitäter\*innen berichteten, dass sie in ihrer Arbeit nicht die nötigen hygienischen Standards einhalten konnten und somit immungeschwächte Menschen gefährdeten.



#### 8. Mai

An mehreren Stellen in Hermsdorf verklebten Neonazis Plakate, die sich gegen die Erinnerung an den 8. Mai als Tag der Befreiung von der nationalsozialistischen Herrschaft richteten. Auf den in schwarz-weiß gehaltenen Kopien war eine Person zu sehen, die mit einer Maschinenpistole auf ein verängstigtes Mädchen mit langen blonden Zöpfen zielt. Darüber war in Frakturschrift zu lesen: „Befreier morden nicht! Befreier rauben nicht! Befreier schänden nicht! 8. Mai / Wir feiern nicht!“ Die Plakate wurden an einem Infokasten der SPD in der Heinsestraße und am S-Bahnhof Hermsdorf angebracht. Tagsüber wurde dieses Plakat auch über dem Durchgang zum Bahnsteig verklebt. Auf einem zweiten, bunten Plakat daneben stand: „Die Lüge der Befreiung! Hier ruht im Stillen unser Volk. Verstorben am 08. Mai 1945.“ Darauf war eine US-Flagge zu sehen, die einen Sarg bedeckte. Darunter lugte eine Skelett-Hand hervor.

#### 10. Mai

Am S-Bahnhof Waidmannslust wurden mehrere Hakenkreuze gesehen und unkenntlich gemacht. Außerdem wurden

rassistische Aufkleber gesehen und entfernt. Sie forderten „Googelt den Kalergi-Plan“. Darunter waren Hände an einer Tastatur, der Slogan „Refugees not welcome“ und eine Graphik zu sehen, die den Abtransport von einem Kind, einer Frau und einem Mann per Zug zeigte. Die Waggonen waren mit Albanien, Serbien und Asien beschrieben. Darunter war die Aufforderung „Bring your families home“ zu erkennen. Der Begriff „Kalergi-Plan“ bezieht sich auf Richard Coudenhove-Kalergi, einen paneuropäischen Autor und Politiker, der in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts für eine europäische Einigung einsetzte. In extrem rechten Kreisen entstand später der Verschwörungsmythos, wonach er im Sinne des "Großen Austausch" einen Plan zur Masseneinwanderung entwickelt habe, der auf die Zerstörung der europäischen Kultur.

#### 14. Mai

An der Badestelle an der Sandhauser Straße in Konradshöhe wurden auf einem Schild mehrere extrem rechte Aufkleber bemerkt und überklebt. Die rassistischen Aufkleber richteten sich mit der Parole „Nein zum Heim“ gegen Geflüchtete oder forderten „Ausländer-rückführung“. Ein anderer Aufkleber richtete sich gegen Antifaschismus. Weitere Aufkleber bezogen sich mit Aufschriften wie „Deutsches Reichsgebiet“ oder „Deutschland, Deutschland über alles“ sowie mit Reichsflagge bzw. mit kaiserlicher Reichskriegsflagge auf das Deutsche Reich vor 1945.



#### 16. Mai

Bei der Sozialen Wohnhilfe in Reinickendorf kam es zu einer antiziganistisch motivierten Diskriminierung. Die Behörde lehnte die Unterbringung einer rumänischen Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern trotz bestehendem Anspruch ab. Die Soziale Wohnhilfe bezeichnete es als zumutbar, dass die Familie die Obdachlosigkeit mit der Rückkehr in ihr Heimatland beendete.



#### 16. Mai

Der Reinickendorfer Kreisverband der SPD erhielt in Waidmannslust einen Drohbrief mit extrem rechtem Inhalt. Darin wurden die Regierungen der letzten 20 Jahre – insbesondere die Parteien SPD und Bündnis 90 / Die Grünen – als „verbrecherisch“ diffamiert und für den angeblichen „Untergang Deutschlands“ verantwortlich gemacht. Der Verfasser hetzte gegen Sozialpolitik, lobte die AfD als „wahre Volkspartei“ und warf den demokratischen Parteien Manipulation und Propaganda vor. Der Brief enthielt auch Gewaltfantasien: Der Autor drohte mit „Volksaufstand, Bürgerkrieg und Umsturz“, sollten SPD und Grüne nicht ihre Politik ändern. Nach einem „Machtwechsel“ sollten eine halbe Million „Politverbrecher“ in „Straflagern“ zur „Wiedergutmachung“ gezwungen werden. Die SPD erstattete Anzeige.



#### 18. Mai

In einem Supermarkt im Senftenberger Ring im Märkischen Viertel beleidigte ein Mann in der Schlange an der Kasse zwei Frauen rassistisch als „Ausländer“. Die Frauen betonten, dass sie Deutsche seien und wandten sich an den Sicherheitsmitarbeiter. Als dieser eintraf, wurde die Auseinandersetzung beendet und alle Beteiligten verließen den Supermarkt.



#### 18. Mai

In einem Wohnhaus im Ortsteil Reinickendorf wurde die Wohnungstür einer Wohngemeinschaft mit roter Farbe besprüht und daneben ein Hakenkreuz geschmiert. Die Bewohner\*innen des Hauses und der Wohnung sind nach eigenen Angaben nicht-weiß, so dass von einer rassistischen Motivation auszugehen ist. Sie erstatteten Anzeige.



#### 21. Mai

In Wittenau fand eine Veranstaltung zu dem Thema „10 Jahre AfD in Europa“ mit Beatrix von Storch als Rednerin statt. Der regelmäßig stattfindende AfD-Stammtisch wurde an dem Tag von zwei Mit-

gliedern „Junge Alternative“, der damaligen Jugendorganisation der AfD, geleitet.

## 22. Mai

An einer Bushaltestelle beim S-Bahnhof Waidmannslust wurden Neonazi-Plakate entdeckt, die sich gegen die Erinnerung an den 8. Mai, als Tag der Befreiung von der nationalsozialistischen Herrschaft, richteten. Die Plakate wurden entfernt oder unkenntlich gemacht. Dieselben Plakate wurden bereits an verschiedenen Stellen in Hermsdorf gesichtet.

## 27. Mai

In der Nähe des S-Bahnhofs Schönholz im Ortsteil Reinickendorf wurde eine antisemitische Schmiererei dokumentiert und unkenntlich gemacht. Auf einem Stromkasten war ein Davidstern mit einem Hakenkreuz in der Mitte aufgemalt worden.



## 28. Mai

In einem Deutsch-Sprachkurs in Tegel äußerte sich eine Teilnehmerin rassistisch gegenüber einem arabischsprachigem Teilnehmer und zeigte ihm drohend ihre Faust. Daraufhin wurde sie der Einrichtung verwiesen. Nachdem sie in einer E-Mail gegenüber der Schulleitung äußerte, dass sie nicht mit Arabern in einem Kurs sitzen wolle, wurde sie aus dem Kurs ausgeschlossen.

## 28. Mai

Vor einem Familienzentrum im Ortsteil Reinickendorf wurden extrem rechte Schmierereien entdeckt. An einer Säule war das Kürzel von Adolf Hitler und die Zahl 88, ein Code für den Gruß „Heil Hitler“, angebracht worden. Daneben war die Abkürzung NDS geschrieben worden, was in diesem Zusammenhang wahrscheinlich für das extrem rechte Musikprojekt „Neuer Deutscher Standard“ stand.

## 28. Mai

Ein Mitglied der BVV-Fraktion der Grünen Reinickendorf erhielt erneut einen extrem rechten Drohbrief von-

seiten eines bekennenden AfD-Sympathisanten. Der Verfasser hetzte gegen den Politiker wegen seiner Teilnahme an einer Demonstration gegen den AfD-Stammtisch. Er diffamierte SPD- und Grünen-Politikerinnen, verbreitete Verschwörungserzählungen über „Medienmanipulation“ und „Volksverrat“ durch Masseneinwanderung und muslimische Migrant\*innen. Besonders bedrohlich war die Gewaltandrohung: Der Autor drohte mit „Umsturz“ und forderte, Bundes- und Lokalpolitiker\*innen von Grünen und SPD sowie den Verfassungsschutzchef in ein „KZ“ zu stecken und zur Zwangsarbeit zu zwingen.

## Juni

### 1. Juni

Am Kolpingplatz im Ortsteil Reinickendorf wurden an einem Stand der SPD Aufkleber des extrem rechten Versandhandels „Division Odin“ mit der Aufschrift „White Lives Matter“ bemerkt und entfernt. Die Aufkleber wurden von einem jüdischen Reinickendorfer gemeldet. Er wusste um die rassistische und antisemitische Ideologie hinter dem extrem rechten Versandhandel. Das Auftauchen solcher Aufkleber im Wohnumfeld verursachen Angst bei Menschen, die Antisemitismus und Rassismus erleben.



Foto: Kolpingplatz





### 1. Juni

Die AfD Reinickendorf veranstaltete in Tegel einen Infostand. Dort wurde die AfD-Zeitung „Blauer Bote“ in der Ausgabe Frühling/Sommer 2024 verteilt. In der Zeitung wurden Aussagen verbreitet, die als rassistisch gewertet werden können. In einem Artikel über den Brand im Ankunftscenter Tegel wurde den Bewohnenden Brandstiftung unterstellt und rassistische Stereotype bedient. In dem Artikel hieß es über die Unterkunft: „Mehr als ein Dutzend verschiedener Sprachen sind im Umlauf. Da führt ein lautes Handy schnell zu einer Massenschlägerei unter rivalisierenden Gruppen“. Hier wurde behauptet, dass die Bewohnenden in unbedeutenden Situationen mit Gewalt reagieren. Weiter hieß es: „Selbst bei Streitigkeiten unter arabischsprachigen Wachleuten sitzt das Messer locker. Wenn es richtig hoch hergeht, werden auch mal Unterkünfte abgefackelt“. Es handelt sich um ein rassistisches Stereotyp, nicht-weißen Menschen einen stärkeren Hang zu Aggression und geringe Selbstkontrolle zu unterstellen.



### 6. Juni

Im Ortsteil Reinickendorf wurde ein Mitarbeiter eines Informationsstandes homofeindlich beleidigt. Vier Jugendliche kamen zu dem Stand und fragten den Mitarbeiter „Kann es sein, dass sie schwul sind?“.

#### White Lives Matter

Der Slogan „White Lives Matter“ (auf Deutsch: „Weiße Menschenleben zählen“) wurde von rassistischen Organisationen in den USA als Reaktion auf die Bewegung Black-Lives-Matter (auf Deutsch: „Schwarze Menschenleben zählen“) geprägt. „Black Lives Matter“ machte auf die rassistischen Ungerechtigkeiten und tödliche Gewalt gegen Schwarze Menschen aufmerksam. Der umgedrehte Slogan wird gezielt genutzt, um rassistische Diskriminierung zu verschleiern und gleichzeitig Vorurteile in Bezug auf „weiße Opfer“ von Gewalttaten nicht-weißer Täter\*innen zu schüren. Die Parole ist außerdem Ausdruck von weißem Überlegenheitsdenken.

Der Mitarbeiter antwortete „ja, und“? Daraufhin liefen die Jugendlichen lachend weg und riefen aus einiger Entfernung homofeindliche Sprüche. Später kamen sie nochmals am Stand vorbei. Eine Kollegin stand dem Mitarbeiter unterstützend zur Seite und schlug ihm verschiedene Handlungsoptionen vor.

### 9. Juni

In Reinickendorf wurden im Rahmen des EU-Wahlkampfes extrem rechte und rassistische Inhalte verbreitet. „Die Heimat“ hingte unter anderem in der Lindauer und der Aroser Allee sowie am Nordgraben Wahlplakate auf. Die Forderung „Remigration jetzt“ wurde mit einem Flugzeug bebildert. Die EU und die Partei Bündnis 90 / Die Grünen wurden mit Slogans wie „Raus aus der Nato“ und „Kein Bock auf Grüne“ und der Bebilderung mit Totenköpfen und Panzern als Kriegstreiber dargestellt. Ein weiteres Plakat forderte „Meinungsfreiheit“. In Tegel wurden Flyer der Neonazi-Partei in Briefkästen verteilt.

### 21. Juni

Am Schäfersee in der Nähe des Vierwaldstätter Wegs im Ortsteil Reinickendorf wurden Schmierereien entdeckt, die sich gegen politische Gegner\*innen der extremen Rechten richteten. Auf einem Geländer wurde unter anderem „Antifa Dreck raus aus D“ und „scheiß=antifa“ geschrieben. Die Schriftzüge wurden unkenntlich gemacht.

### 24. Juni

Der Bezirksverband Reinickendorf der AfD veröffentlichte auf Facebook einen Beitrag, der als Diskreditierungsversuch gegen einen SPD-Kreisvorsitzenden gewertet werden kann. Anlass war eine Protestkundgebung gegen eine AfD-Veranstaltung in Wittenau. In dem Beitrag wurde ein Bild geteilt, auf dem der Politiker zu sehen ist – in unmittelbarer Nähe zu einer Antifa-Fahne, die rot eingekreist wurde. Zusätzlich setzte die AfD das Bild in einen Kontext, der als manipulativ wahrgenommen werden

kann. Neben dem Foto war ein Screenshot von Online-Beiträgen eines Fake-Accounts abgebildet, in denen Polizisten als „Schweine“ bezeichnet wurden. Obwohl dieser Account in keinem Zusammenhang mit der Protestkundgebung stand, wurde durch die Verknüpfung der Eindruck erweckt, der Bezirkspolitiker würde die Positionen des Fake-Accounts teilen. Begleitet wurde das Bild von der Aufforderung an die SPD, sich „klar und unmissverständlich von der Antifa zu distanzieren“. Diese Strategie zielt darauf ab, demokratisch engagierte Akteure durch bloße räumliche Nähe zu einer bestimmten Symbolik zu diskreditieren. Dieser Vorfall erinnert an ein bekanntes Muster der neuen Rechten: Sie versucht, politisch Andersdenkende zu delegitimieren, indem sie ihnen Extremismus unterstellt.

### 25. Juni

Mitglieder der Facebook-Gruppe „Unser Heiligensee“ äußerten sich in den Kommentaren rassistisch. Eine Person teilte ein Foto eines nackten schwarzen Mannes, der in Reinickendorf auf einen Bus kletterte und empörte sich über die Bedrohungslage, die dadurch von ihm ausgegangen sei. Andere Nutzer\*innen teilten Affenvergleiche und riefen mit Äußerungen wie „Der Schmutz muss weg!“ und „Wie eine Pinata sollte man den da runterhauen!“ zu Gewalt gegen Schwarze Menschen auf. Sie unterstellten dem Mann eine Migrationsgeschichte und riefen dazu auf, ihn abzuschieben. Ein Nutzer stellte Geflüchtete pauschal als Bedrohung dar und bezeichnete sie ironisch als „Fachkräfte“. Damit griff er eine in extrem rechten Kreisen beliebte Sprachstrategie auf. In einem anderen Beitrag wurde die zunehmende Vielfalt in Heiligensee beklagt und trans Personen lächerlich gemacht. Andere Mitglieder der Gruppe kritisierten die rassistischen Beiträge und die fehlende Empathie für die offensichtliche psychische Krise des Mannes. Im Laufe des Tages wurden einige der Kommentare gelöscht. Andere Kommentare, die von Nutzer-

\*innen als rassistisch wahrgenommen wurden, ließen die Moderator\*innen mit Verweis auf die Meinungsfreiheit stehen. Mehrere Personen, die die Moderation kritisiert hatten, wurden aus der Gruppe ausgeschlossen.

### 25. Juni

Es ereignete sich ein antisemitischer Vorfall. Zum Schutz der betroffenen Person wurde der Vorfall anonymisiert.

### 28. Juni

An der Bushaltestelle An der Mühle in Tegeln wurden rassistische Schmierereien bemerkt und entfernt. Neben „AfD“ waren die Silben „Döp Dödödöp“ auf einer Werbetafel angebracht worden. Damit wurde auf den sogenannten Sylt-Song verwiesen, bei dem Gruppen zum Song „L'amour toujours“ von Gigi D'Agostino die Parolen „Deutschland den Deutschen - Ausländer raus“ sangen. Seitdem Videos davon viral gingen und zu öffentlichen Debatten führten, dienten die Silben in extrem rechten Kreisen als Chiffren für diese Parolen.

## Juli



### 1. Juli

In einem Geschäft am Kurt-Schumacher-Platz wurde eine Kundin von einer Mitarbeiterin diskriminiert. Die ältere Kundin mit türkischer Migrationsgeschichte erreichte den oberen Teil eines Regals nicht. Als sie eine Verkäuferin um Hilfe bat, reagierte diese unfreundlich und verweigerte der Kundin schließlich ganz die Hilfe. Gegenüber anderen weißen Kund\*innen verhielt sich die Verkäuferin deutlich freundlicher und hilfsbereiter.

### 12. Juli

An einem Briefkasten am Konzer Platz in Frohnau wurden zum wiederholten Mal rassistische Aufkleber bemerkt und entfernt. Geflüchtete wurden darauf als „Viecher“ und „Asylbetrüger“ bezeichnet und Abschiebungen als Lösung der Wohnungskrise dargestellt.



### 13. Juli

In Reinickendorf wurde ein kurdischer Mann aus rassistischen Motiven entlassen. Nachdem er von einer Kollegin dabei beobachtet worden war, wie er ein Buch eines HDP-Politikers las, wurde ihm gekündigt. Die HDP war eine türkische Partei, die sich u. A. für die Rechte der kurdischen Bevölkerung in der Türkei und gegen ihre Diskriminierung einsetzte. Nach Aussagen eines Kollegen war die Kündigung auf pauschale Vorwürfe durch die Chefin und türkische Mitarbeitende der Firma zurückzuführen, der Betroffene sei Terrorist. Demnach wurde das Interesse an der Partei mit der Unterstützung von Terrorismus gleichgesetzt. Dabei handelt es sich um typische antikurdisch-rassistische Zuschreibungen.



### 15. Juli

Im Juli ereignete sich im Bezirk Reinickendorf ein rassistischer Angriff,

der von der Polizei als gefährliche Körperverletzung eingestuft wurde. Das genaue Datum ist nicht bekannt.

### 15. Juli

Auf einer Mauer in der Wesendorfer Straße im Märkischen Viertel wurde der Schriftzug „LGBTQ raus aus Deutschland“ entdeckt. Die queerfeindliche Parole wurde der zuständigen Hausverwaltung gemeldet und durch diese entfernt.



### 23. Juli

Eine Frau wurde auf dem Wohnungsmarkt in Reinickendorf rassistisch diskriminiert.



### 25. Juli

In der Justizvollzugsanstalt Tegel wurden Insassen aufgrund ihrer Namen diskriminiert. Nach Angaben eines Insassen würden bei der Entscheidung darüber, ob Insassen zum offenen Vollzug zugelassen wurden, Verbindungen zu organisierter Kriminalität geprüft. Häufig werde eine vermeintliche Zugehörigkeit an Nachnamen festgemacht. Dadurch seien Menschen mit türkischen, arabischen oder kurdischen Familiennamen besonders häufig von dem Ausschluss vom offenen Vollzug betroffen.



### 25. Juli

An der Badestelle an der Sandhauser Straße in Konradshöhe sangen drei junge Männer Lieder der verbotenen Neonazi-Band „Landser“. Einer von ihnen trug auch ein T-Shirt der Band.



### 25. Juli

Bei einem Kinder- und Jugendlager der „Sozialistischen Jugend - Die Falken“ auf einem Zeltplatz in Heiligensee wurden Teilnehmende von Unbekannten beleidigt und bedroht. An dem Camp nahmen Kinder und Jugendliche im Alter von



Foto: Konzer Platz

### Neonazi-Versand

Die Neonazi-Versandseiten „Druck18“, „Druck88“ und „refugeesnotwelcome“ werden von derselben Person betrieben und bieten Aufkleber mit Bezug zu aktuellen politischen Ereignissen an.

Einige Designs greifen antirassistischer Kampagnen wie „Refugees welcome“ und „Kein Mensch ist illegal“ auf und verkehren die Botschaft in ihr Gegenteil.

sechs bis 17 Jahren teil sowie volljährige Betreuende. Drei angetrunkene Männer liefen gegen 18:30 Uhr mit einem Bollerwagen am Gelände vorbei, beleidigten Anwesende als „Antifa-Fotzen“ und zeigten den Hitlergruß. Sie machten sich über Teamende lustig, die sich schützend vor die Minderjährigen stellten, und drohten, nachts wiederzukommen. Als sie sich entfernten, filmten sie das Camp, was von den Teilnehmenden als bedrohlich wahrgenommen wurde. Die Betroffenen erstatteten Anzeige bei der Polizei.

## August



### 2. August

In einem Bus beim Kurt-Schumacher-Platz im Ortsteil Reinickendorf beschimpfte ein weißer Mann eine Schwarze Frau rassistisch. Der ältere Mann setzte sich im Bus hinter die Frau, die wie viele andere Fahrgäste ihre Tasche auf den Sitz neben sich gelegt hatte. Unter dem Vorwand, sich darüber zu beschweren, beleidigte der Mann die Frau u. a. als „Wilde“. Die Betroffene antwortete nicht auf seine Beleidigungen. Der beleidigte sie lauter. Eine Zeugin griff ein und forderte den Mann auf aufzuhören, da sie sonst die Polizei rufen würde. Weitere Fahrgäste äußerten daraufhin Unterstützung. Der Mann fuhr laut mit den rassistischen Beleidigungen fort, bis die Betroffene den Bus verließ.



### 13. August

Mitarbeitende eines Kinder- und Jugendzentrums in der Auguste-Viktoria-Allee im Ortsteil Reinickendorf bemerkten, dass ein antirassistisches Banner, das am Eingang zum Gelände hing, abgeschnitten worden war. Auf dem Banner stand: „AVA-Kiez stark gegen Rassismus“ sowie „Yallah Solidarity! Yallah Community!“.



### 16. August

Am Eichborndamm in Wittenau wurden antisemitische Schmierereien mit Bezug zum Nahostkonflikt bemerkt. Sie waren

auf das Schaufenster und die Eingangstür des Büros einer Abgeordneten der Partei Bündnis 90 / Die Grünen geschrieben worden.



### 27. August

Eine Schwarze Person mit Kindern wurde in einer Sammelunterkunft in Reinickendorf aus antischwarz-rassistischer Motivation diskriminiert. Zum Schutz der betroffenen Person werden keine weiteren Informationen veröffentlicht.

## September

### 1. September

Ein Schüler einer Reinickendorfer Schule klebte einem Mitschüler im Unterricht einen Aufkleber mit einem NS-verharmlosenden Spruch auf die Kleidung. Das Datum wurde auf Wunsch anonymisiert.



### 2. September

Ein 22-jähriger Mann traf gegen 15 Uhr vor seiner Haustür auf eine Gruppe von drei Männern. Einer der Männer beleidigte ihn antischwarz-rassistisch. Zwei Männer schlugen ihn mit einem Besen. Der Betroffene erstattete Anzeige.



### 5. September

Der 22-jährige Mann, der schon vor drei Tagen aufgrund von antischwarzem Rassismus angegriffen worden war, wurde in der Nacht gegen 3 Uhr in seinem Bett von fünf Männern überfallen und mit Tränengas besprüht. Er erstattete Anzeige bei der Polizei.

### 7. September

In der Nähe des Schäfersees im Ortsteil Reinickendorf wurden extrem rechte Schmierereien auf einem Geländer bemerkt und überklebt bzw. überschrieben. Linke Personen wurden als „Zecken“ und „Antifa Dreck“ beschimpft. Mit der Aussage „Alles gekaufte Zecken (Soros)“ wurde Bezug auf antisemitische Verschwörungserzählung rund um den US-amerikanischen Milliardär George Soros genommen.





### 12. September

Im Vierwaldstätter Weg im Ortsteil Reinickendorf wurde auf einem Schaukasten der Partei Die Linke ein Aufkleber eines extrem rechten Versandhandels gesehen und entfernt. Er trug im Design des antirassistischen Slogans „Kein Mensch ist illegal“ die Aufschrift „Sozialstaat und offene Grenzen schließen sich aus“. Der Aufkleber ist als Versuch zu verstehen, Migrant\*innen pauschal als Belastung für die Sozialsysteme darzustellen. Der Aufkleber war über den Hinweis geklebt, dass das Büro eine Anlaufstelle des Registers ist und richtete sich somit auch gegen das Register Reinickendorf.



### 16. September

In der Auguste-Viktoria-Allee im Ortsteil Reinickendorf fand eine rassistische Sachbeschädigung statt. Am Eingang des Mehrgenerationenhauses wurden Schilder gestohlen, die den Weg zu den „Integrationslots\*innen“ und zur „Partnerschaft für Demokratie“ wiesen. Ein Schild war mehrsprachig. Diese Schilder wurden gezielt ausgewählt. Andere Schilder daneben waren nicht betroffen. Daher liegt eine Ablehnung von nicht-deutschsprachigen Personen und von Demokratieförderung als Motiv nahe. Zuvor waren Blumen, die vor dem benachbarten Mädchentreff gepflanzt worden waren, zertrampelt worden.

### 19. September

In einem Supermarkt in der Berliner Straße in Tegel wurden Flyer mit antifeministischen Inhalten entdeckt, die Unbekannte ausgelegt und an Pinnwände gehängt hatten. Die Flugblätter des „Bundesverbands Lebensrecht“ machten Werbung für die antifeministische Demonstration „Marsch für das Leben“.



### 20. September

„Die Heimat“ Reinickendorf lud auf Facebook zu einem Vortrag an diesem Tag mit dem Titel „Nachkriegsverbrechen der Alliierten“ ein.



### 21. September

Laut eines Zeugen soll ein Mitarbeiter des Ordnungsamtes vor einem Stand der Partei Bündnis 90 / Die Grünen beim Tag des offenen Rathauses in Wittenau Folgendes gesagt haben: „Oh Gott, die Vaterlandsverräter“. Mit dem Begriff „Vaterlandsverräter“ bezeichnen extrem rechte Akteure regelmäßig Gruppen, die sich für eine plurale Gesellschaft und für die Rechte von Geflüchteten einsetzen. Hintergrund ist ein völkisches Verständnis von Nation. Diese werde durch Zuwanderung bedroht, weshalb diejenigen, die sich für Zuwanderung einsetzen, als Verräter wahrgenommen werden.



### 23. September

In einer Sammelunterkunft im Bezirk Reinickendorf kam es zu fortgesetzten rassistischen Diskriminierungen einer Schwarzen Person. Zum Schutz der betroffenen Person werden keine weiteren Informationen veröffentlicht.



### 28. September

An einer Raststätte im Bezirk Reinickendorf äußerte sich eine Person rassistisch gegen Romnja. Sie riet einer anderen Person alle Wertsachen aus dem Auto zunehmen, da „hier immer so viele Romafrauen rumlaufen“.



### 29. September

Eine ehemals wohnungslose Person wurde in Reinickendorf von einer Behördenmitarbeiterin herabwürdigend behandelt. Details des Vorfalls wurden zum Schutz der Betroffenen anonymisiert.



### 30. September

Nach einigen Monaten Pause veröffentlichte „Die Heimat“ Reinickendorf im September wieder mehrere Posts auf Facebook. Darunter waren Beiträge in denen Berichte über eine Schießerei und eine Wohnungsdurchsuchung im Bezirk mit rassistischen Narrativen verknüpft wurden. Shisha-Bars wurden als „Brutstätten der Kriminalität“ bezeichnet. Weitere Beiträge kritisierten Asyl für Menschen aus Syrien oder forderten „Remigration“. Neben den rassistischen Beiträgen befassten sich weitere Posts mit aktuellen politischen Themen. Ein Beitrag kommentierte beispielsweise die Gründung einer neuen linken Jugendorganisation durch ehemalige Vorstandsmitglieder der Grünen Jugend mit den Worten „Eine weitere linksextreme Jugend brauchen wir so dringend wie einen zweiten Blinddarm“.

## Oktober



### 1. Oktober

In einer Oberschule in Wittenau kam es immer wieder zu rassistischen Beleidigungen innerhalb der Schülerschaft.



### 1. Oktober

Ein Mitglied der Grünen-Fraktion in der BVV Reinickendorf erhielt erneut einen Drohbrief mit Beleidigungen, Drohungen und extrem rechten Verschwörungserzählungen. Der Verfasser attackierte den Politiker für seine öffentliche Kritik an der AfD und bezeichnete ihn als Teil einer „unrechtmäßigen politischen Elite“, die angeblich Medien manipuliere und Migrant\*innen auf Kosten des „Volkes“ unterstütze. Besonders bedrohlich war wieder die offene Gewaltandrohung: Der Brief kündigte eine „baldige Machtübernahme“ an, nach der politische Gegner in „Straflagern“ inhaftiert werden sollten. Die Wortwahl und die Drohungen zeigten eine extrem rechte Ideologie, die auf Einschüchterung und Delegitimierung demokratischer Akteure abzielte. Der Drohbrief wurde zur Anzeige gebracht.



### 6. Oktober

Das Kulturzentrum der „Freien kurdischen Gemeinde“ im Ortsteil Reinickendorf wurde Ziel eines versuchten Brandanschlags. Eine Person im Gebäude bemerkte am Nachmittag, dass jemand die Fassade mit einer Flüssigkeit übergoss, die nach Benzin roch. Nachdem Anwesende auf die Straße gerannt waren, bemerkten sie, dass die Fenster und Eingänge des Gebäudes betroffen waren. Bei einem Brand wären alle Fluchtwege versperrt gewesen. Zur Tatzeit waren 40 Personen, darunter Kinder und Babys, im Haus versammelt. Die Täter\*innen konnten fliehen. Der Vorstand des kurdischen Vereins vermutete türkische Nationalist\*innen hinter der Tat. In der Vergangenheit war das Vereinslokal von Anhänger\*innen der extrem rechten „Grauen Wölfe“ bedroht worden.

### 7. Oktober

In der Oranienburger Straße in Wittenau malten Unbekannte mit einer Flüssigkeit ein Hakenkreuz auf den Gehweg. Gegen 14 Uhr stellte ein Passant das Symbol fest und entfernte es mit einem Eimer Wasser, den er von einem Imbiss bekam.

### 7. Oktober

Beim Skatepark im Senftenberger Ring im Märkischen Viertel wurden rassistische und LGBTIQ\*-feindliche Aufkleber des extrem rechten Onlineversands „aktivde“ bemerkt und entfernt. Ein Aufkleber unterstellte Migrant\*innen pauschal Kriminalität. Mit dem Slogan „Jugend raus aus dem Mainstream“ auf einem weiteren Aufkleber wurden die Nutzer\*innen des Skateparks direkt adressiert. Auf diesem Aufkleber werden Antifaschismus, queere Menschen, Fridays for Future stellvertretend für Klimaaktivismus und Drogenkonsument\*innen als Feindbilder dargestellt.



### 7. Oktober

Eine geflüchtete Person mit Schwerbehinderung berichtete von Diskriminierung bei der Unterbringung in Reinickendorf. Ihr sei trotz mehrfacher Bitte keine barrierefreie Unterkunft zugewiesen

worden. Stattdessen sei von der zuständigen Landesbehörde Druck auf sie ausgeübt worden.



### 11. Oktober

Im Bezirk Reinickendorf kam es zu einer anti-muslimischen und anti-asiatischen Diskriminierung am Arbeitsplatz. Zum Schutz der betroffenen Person werden keine weiteren Informationen veröffentlicht.



### 12. Oktober

In Reinickendorf fand ein Autokorso mit LGBTQ\*-feindlichen Inhalten und extrem rechter Beteiligung statt. Veranstaltet wurde der Korso unter dem Motto „Gegen die Frühsexualisierung unserer Kinder“ von „Team OHV“. Etwa ein Dutzend Fahrzeuge fuhrten vormittags mit mehreren Zwischenkund-

habe, traditionelle Familienmodelle abzuschaffen. Oft ist sie mit einem verallgemeinernden Pädophilievorwurf verbunden. Am Lautsprecherwagen hing unter anderem eine Fahne mit der Aufschrift „FCK GRT RST“. Dies steht für den Verschwörungsmythos The Great Reset (auf Deutsch: „der Große Neustart“), die auf der Vorstellung basiert, eine „globale Finanzelite“ hätte die Corona-Pandemie bewusst herbeigeführt, um die Welt nach ihren Vorstellungen zu lenken und umzugestalten.

### 24. Oktober

Am Schäfersee im Ortsteil Reinickendorf wurden wieder extrem rechte Schmierereien mit schwarzem Marker bemerkt und unkenntlich gemacht. Neben Beschimpfungen der „Antifa“ wurde „Zecken ab zur (sic) Soros!!!“ geschrie-

ben. George Soros wird in extrem rechten, teils antisemitischen, Verschwörungsmythen unter anderem dafür verantwortlich gemacht, Migration nach Europa zu fördern, um so die vorherige Bevölkerung auszutauschen.



### 27. Oktober

Im Kienhorstpark im Ortsteil Reinickendorf wurde eine Frau rassistisch bedroht. Als sie gegen 12 Uhr durch den Park joggte, bemerkte sie einen frei laufenden Kampfhund. In etwa zehn Metern Entfernung ging der Hundehalter. Die Läuferin bat den Mann, den Hund bei sich zu halten. Dieser behauptete, der Hund würde nichts tun. Als sie ihn erneut darum bat, beschimpfte er sie mit den Worten „Scheiß Araber verschwinde“. Die Betroffene befürchtete, dass er seinen Hund auf sie hetzen würde und unterbrach ihr Training.



### 31. Oktober

Im Bezirk Reinickendorf ereignete sich im Oktober eine LGBTQ\*-feindliche Bedrohung. Das genaue Datum ist nicht bekannt.

### Neue Jugendkultur



Foto: Breitkopfbecke

Die seit 2024 entstehende Neonazi-Jugendkultur präsentiert sich als Subkultur und in Abgrenzung zu queeren und antifaschistischen Bewegungen. Der Versandhandel „aktivde“ vertreibt Aufkleber mit extrem rechten Inhalten und richtet sich dabei besonders an junge Menschen.

gebungen vom Märkischen Viertel bis zum Kurt-Schumacher-Platz. Der Begriff „Frühsexualisierung“ zielt darauf ab, Sexualpädagogik und eine Pädagogik der Vielfalt zu delegitimieren. Damit geht die queerfeindliche Falscherzählung einher, es gäbe eine sogenannte „Homolobby“, die zum Ziel

### 31. Oktober

„Die Heimat“ Reinickendorf veröffentlichte im Oktober einige Online-Beiträge auf Facebook, darunter mehrere Beiträge mit rassistischem Inhalt. Zu einem Vorfall in der Nähe des Kurt-Schumacher-Platzes, bei dem ein Mann mit einem Messer verletzt wurde, postete sie ein Sharepic mit der Aufschrift „Syrer messert Syrer - Gewaltkriminalität der Merkelgäste ist zum Alltag geworden“. Das Verb messern ist eine Neuschöpfung der extremen Rechten, mit dem eine vermeintlich ausschließlich durch Migranten verursachte Gewaltkriminalität mit Messern beschrieben werden soll. Die Bezeichnung „Merkelgäste“ verkehrt den positiven Begriff Gast ironisch ins Gegenteil. Geflüchtete, die ab 2015 nach Deutschland kamen, sollen so abgewertet werden. In weiteren Beiträgen wurde Geflüchteten ebenfalls pauschal Kriminalität und Gewaltbereitschaft unterstellt.

## November

### 2. November

Entlang der Fußwege um das Mittelfeldbecken im Märkischen Viertel unweit der Bettina-von-Arnim-Oberschule wurden zwischen den Sommer- und Herbstferien ca. 150 extrem rechte Aufkleber gesehen und entfernt. Diese stammten hauptsächlich von dem extrem rechten Versandhandel „aktive“. Sie richteten sich gegen Antifaschismus, waren rassistisch oder LGBTIQ\*-feindlich. Ein häufig verklebter Aufkleber zeigte einen Kopf mit schwarz-rot-goldener Sturmhaube mit dem Slogan „Deutsche Jugend voran“. Das Motiv mit dem verummten Kopf ist beispielhaft für eine Ästhetik kämpferischer Männlichkeit in dieser Bewegung. Die Figuren werden auch auf anderen Aufklebern als stark und kampfbereit dargestellt. Politische Gegner\*innen sollen dadurch eingeschüchtert werden.



### 5. November

Im öffentlichen Nahverkehr in Tegel wurde eine trans Frau aus queerfeindlicher Motivation beleidigt und bedroht.



### 6. November

In einer Kita im Ortsteil Reinickendorf benutzte ein Elternteil das N-Wort.

### 7. November

Am Schäfersee im Ortsteil Reinickendorf wurden erneut extrem rechte Schmierereien an derselben Stelle entdeckt und unkenntlich gemacht, die sich gegen „Antifa“ und „Grüne“ richteten.

### 8. November

Auf dem Bahnsteig des S-Bahnhofs Wittenau wurde eine NS-verherrlichende Schmiererei bemerkt und überklebt. Sie enthielt die nationalsozialistische Parole „ein Volk, ein Reich, ein Führer“ sowie ein Hakenkreuz und den Zahlencode „88“ für „Heil Hitler“.



### 12. November

In einer Sammelunterkunft im Bezirk Reinickendorf kam es zu fortgesetzten rassistischen Diskriminierungen einer Schwarzen Person. Zum Schutz der betroffenen Person werden keine weiteren Informationen veröffentlicht.



### 14. November

In Tegel wurde ein Passant aus rassistischer Motivation angegriffen. Laut Polizeimeldung stieg der 25-jährige Mann gegen 6 Uhr früh mit einem Messer in der Hand zunächst am U-Bahnhof Alt-Tegel in die Buslinie 125. Er verletzte einen 18-Jährigen, indem er ihn mit der Hand gegen die Stirn schlug. Danach zerschlug er ein Busfenster und verließ den Bus. Im Anschluss beleidigte und bedrohte er mehrere Männer in der Nähe mit dem Messer. An der Bushaltestelle des U-Bahnhofs Alt-Tegel beleidigte er einen 29-jährigen Mann rassistisch, der aus einem anderen Bus stieg. Er schlug ihm unvermittelt ins Gesicht. Der Angegriffene erlitt einen Bluterguss im Gesicht. Zeug\*innen halfen

dem Angegriffenen und alarmierten die Polizei, die den Täter in der Nähe festnahm.

#### 16. November

In Reinickendorf ereignete sich ein antisemitischer Vorfall. Zum Schutz der betroffenen Person werden keine weiteren Details veröffentlicht.



#### 17. November

An der Kriegsgräberstätte am Freiheitsweg in Reinickendorf-Ost, auf dem Verstorbenen des Zweiten Weltkriegs liegen, fand zum Volkstrauertag eine Aktion der Neonazi-Partei „Die Heimat“ statt. Es wurden Grabkerzen mit dem Parteilogo und der Aufschrift „Sie starben fürs Vaterland; Unvergessen!“ aufgestellt, wie Fotos von der Aktion auf Facebook zeigen.

#### 21. November

An einer Hausfassade in der Holländerstraße im Ortsteil Reinickendorf wurden Symbole der extrem rechten „Grauen Wölfe“ (türkisch: Bozkurtlar) gemeldet. Anhänger\*innen der Organisation sprühten neben einem Graffiti mit Bezug auf die kurdische PKK die türkischen Orhon-Runen, „𐰚𐰆𐰪𐰸“ (in lateinischer Schrift: „Türk“), die Selbstbezeichnung „Bozkurt“ und die Zahl 1999, ein Verweis auf die Festnahme des PKK-Anführers Öcalan in dem Jahr.

#### 21. November

Am S-Bahnhof Waidmannslust wurden ein Aufkleber und eine Schmiererei bemerkt und unkenntlich gemacht, die sich gegen politische Gegner\*innen der extremen Rechten richteten.



#### 29. November

Eine Frau wurde im Ortsteil Reinickendorf antimuslimisch-rassistisch beleidigt. Zum Schutz der betroffenen Person werden keine weiteren Informationen veröffentlicht.

#### 30. November

„Die Heimat“ Reinickendorf veröffentlichte im November einige Beiträge

auf Facebook. Einige hatten rassistische Inhalte. Auf einem Sharepic stand beispielsweise u.a. „Halloween-Krawalle: ... wenn der Spaß-Horror zur Multikulti-Realität wird“. Eine kulturell diverse Gesellschaft wurde so als gruselig und furchteinflößend dargestellt. In einem anderen Post wurden Geflüchtete ironisch-abwertend als „Gäste“ bezeichnet und dazu aufgefordert, ihre Unterkünfte selbst zu putzen. Teilweise richteten sich die Beiträge auch gegen demokratische Parteien. So wurden Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90 / Die Grünen) und Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) als Gegensatz von „Ehre und Stolz“ dargestellt. In einem weiteren Beitrag wurde ein Foto von Gedenkkranzen der Bezirksfraktionen von CDU, FDP und Bündnis 90 / Die Grünen anlässlich des Volkstrauertags veröffentlicht. In der Beschreibung wurden sie als „Altparteien“ abgewertet. Die ökologischen Anliegen Grünen wurden durch Führungszeichen um den Namen in Frage gestellt. Die Kranzniederlegung wurde als „scheinheilig“ bewertet, da die Parteien „an einer Eskalation des Ukrainekriegs arbeiten“ würden. Darüber hinaus wurden Informationen zu Parteipersonalien verbreitet.

## Dezember

#### 2. Dezember

Am Ufer des Schäfersees im Ortsteil Reinickendorf wurden erneut extrem rechte Schmierereien entdeckt, die sich gegen Antifaschismus richteten. Auf ein Geländer wurde unter anderem „Antifa=Faschisten“ und „Antifa-Dreck raus!“ geschrieben. Die Schriftzüge wurden unkenntlich gemacht.



#### 7. Dezember

In der Oranienburger Straße in der Nähe des S-Bahnhofs Wittenau zeigte ein Fußgänger um die Mittagszeit gegenüber einem Bekannten und einem vorbeifahrenden Polizeiauto den Hitlergruß und rief mehrfach laut „Heit Hitler“. Er war mit zwei Hunden unterwegs, was die Situation für Beobachtende noch bedrohlicher machte.





### 9. Dezember

Eine Person wurde im bestehenden Wohnverhältnis in Reinickendorf behindertenfeindlich diskriminiert.



### 10. Dezember

Eine Schwarze Person wurde in einem Bekleidungsgeschäft in Reinickendorf rassistisch durch Sicherheitspersonal kontrolliert. Anschließend erlebte sie Kriminalisierung und Gewalt durch die hinzugerufene Polizei. Zum Schutz der betroffenen Person werden keine weiteren Informationen veröffentlicht.



### 11. Dezember

Im Bekassinenweg in Heiligensee kam es zu einer NS-verherrlichenden Pöbele. Ein Mann fuhr auf dem Fahrrad an einem Stand der SPD vorbei den Anwesenden den Mittelfinger, beschimpfte sie als Nazis und rief „Sieg Heil“.

### 13. Dezember

Am U-Bahnhof Residenzstraße wurde eine antisemitische Schmiererei bemerkt. Auf einem Metallträger stand „Juden Arschlöcher“ geschrieben.



### 14. Dezember

„Die Heimat“ Reinickendorf lud auf Facebook für diesen Tag zu einer Weihnachtsfeier mit Essen ein.



### 17. Dezember

In Reinickendorf-Ortsteil wurde eine Frau aus antimuslimisch-rassistischen Motiven bedroht. Die Betroffene, die ein Kopftuch trug, arbeitete an einem Stand im öffentlichen Raum. Ein Mann kam auf den Stand zu und machte zynische Bemerkungen über interkulturelle Projekte. Er hielt sich über eine Viertelstunde in der Nähe des Stands auf, warf der Frau drohende Blicke zu und versuchte, sich ihr zu nähern. Die Betroffene machte ihre Kolleg\*innen auf die Situation aufmerksam. Diese stellten sich schützend zu der Frau und teilten dem Mann mit, dass er gehen müsse, da sonst die Polizei gerufen würde. Daraufhin entfernte er sich.

### 18. Dezember

Am S-Bahnhof Wittenau wurde ein Aufkleber der Neonazikleinstpartei „Der III. Weg“ gesehen und entfernt. Er trug die Aufschrift „Wir sind die deutsche Jugend und es ist unsere Zukunft! Jung und revolutionär“ und machte Werbung für einen Telegramkanal. Der in schwarz-weiß gehaltene Aufkleber enthielt weder den Namen der Partei noch gab er durch Farben oder Logos Hinweise auf die Urheber. Die Partei wirbt in Berlin aktiv um Jugendliche für ihre Jugendorganisation „Nationalrevolutionäre Jugend“ (NRJ). Die Verschleierung ist Teil der Strategie, Jugendliche auf die eigenen Social-Media-Kanäle zu locken.



### 18. Dezember

In einer Sammelunterkunft im Bezirk Reinickendorf kam es zu fortgesetzten Vorfällen von rassistischen Diskriminierungen einer Schwarzen Person. Zum Schutz der betroffenen Person werden keine weiteren Informationen veröffentlicht.



### 20. Dezember

„Die Heimat“ Reinickendorf lud auf Facebook für diesen Tag zu einem Treffen mit Glühwein und Kuchen ein.



### 20. Dezember

In einem Wohngebiet im Märkischen Viertel wurde eine Person nachts von einem unbekannten jungen Mann als „Scheiß Zecke“ beschimpft und angespuckt. Die betroffene Person ging ohne Worte weiter.

### 31. Dezember

„Die Heimat“ Reinickendorf veröffentlichte im Dezember einige Facebook-Beiträge mit selbst gestalteten Sharepics. Ein Post thematisierte den Bevölkerungszuwachs in Berlin. Reinickendorf habe den größten Anstieg im ersten Halbjahr 2024 zu verzeichnen. In der Beschreibung stand: „Die Überfremdung unserer Heimat mit sog. ‚Flüchtlingen‘ geht ungebrems weiter“. Weitere Beiträge verbanden rassistische Erzählungen mit dem Anschlag in Magdeburg und der Verwendung von Feuerwerk an Silvester.



# Impressum

**Redaktion: Projektkoordination**  
**Register Reinickendorf**  
**E-Mail: [register-rd@lvs.stiftung-spi.de](mailto:register-rd@lvs.stiftung-spi.de)**  
**Telefon: +49 1520 2824537**  
**Web: <https://www.stiftung-spi.de/projekte/register-rd/>**  
**<https://berliner-register.de/reinickendorf>**

**V.i.S.d.P.:**  
**Aliye Stracke-Gönül**  
**Stiftung SPI**  
**Geschäftsbereich Lebenslagen, Vielfalt & Stadtentwicklung**  
**Frankfurter Allee 35-37, Aufgang C**  
**10247 Berlin**

**Illustration: Marike Bode**  
**Fotos: Privat und Register Reinickenorf**  
**Layout: Lotte Mehner**  
**Mai 2025**

Gefördert durch

**BERLIN**



Senatsverwaltung  
für Arbeit, Soziales,  
Gleichstellung, Integration,  
Vielfalt und Antidiskriminierung

im Rahmen von



**DEMOKRATIE.  
VIELFALT.  
RESPEKT.**

Das Landesprogramm gegen  
Rechtsextremismus, Rassismus  
und Antisemitismus

Stiftung SPI  
Lebenslagen, Vielfalt &  
Stadtentwicklung

